

Nr. 23 Februar 1994

# Das Info aus der Flora

## Speicherstadt, 16.12 Uhr

dokumentation:
"wir haben am 28. 1. 94 um 16 uhr den hamburger hafen unter wasser gesetzt. wir haben damit der imperialistischen ausbeutung des trikonts über den hamburger hafen einen entscheidenden schlag versetzt. unsere aktion verstehen wir neben der (bescheidenen) praktischen intervention gegen kapitaleinrichtungen auch als eigenen bestimmungsversuch hinsichtlich des umgangs mit wasser und des praktischen ablaufs allgemein. dabei handelt es sich nicht um eine beliebige objektauswahl oder inhaltslose praktische eingriffe, vielmehr begreifen wir solche aktionen als zielgerichtete weiterentwicklung, um weitereichende und ausgereiftere vorhaben verwirklichen zu können ¬ damit erhalten solche aktionen vordergründig zwar eher einen in den zielen unbestimmten "versuchscharakter", sie sind jedoch als wesentlicher erfahrungswert unerläßlich und ausdruck eines konkreten militanten prozesses!
autonome zelle für freies fluten "



## Inhalt Nr. 23:



Fotos vom Fotoarchiv

**STÄNDIGE TERMINE IN DER FLORA:**

Cafe-Öffnungszeiten: täglich 16-22 Uhr

| | | |
|---|---|---|
| Mo | 16.-19.00 | Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv |
| | 17.-20.00 | Motorradgruppe |
| Di | 18.00 | Veranstaltungsgruppe |
| Mi | 16.-20.00 | Häusercafe |
| | 16.-19.00 | Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv |
| | 21.00 | jeden 1. Mittwoch im Monat: Offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel |
| Do | 16.-21.00 | Info-Cafe zur Roten Flora |
| Sa | 16.-19.00 | Fahrradselbsthilfe |
| So | 19.30 | 14-tägig: vegane Vokü |

Bei Fragen zur Raumvergabe Donnerstags zwischen 16 und 19 Uhr die freundliche Tresenschicht ansprechen!


**KONTAKT:**
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg




ViSdP: Renate Meyer

# Zur Diskussion um Anwälte sexistischer Gewalt

In dieser Ausgabe drucken wir drei unterschiedliche Stellungnahmen zum Thema Vergewaltigerverteidiger ab. Wir widmen diesem Thema hier so viel Platz, weil innerhalb der Szene in Hamburg in den letzten Wochen eine heftige Diskussion darum entbrannt ist. Konkreter Anlaß für das Aufkommen dieser Diskussion ist der "Szene-Anwalt" Jens Waßmann. Dieser wollte in der Vergangenheit einen Vergewaltiger und Frauenmörder juristisch vertreten und entzog sich auf heftige Kritik daran der Auseinandersetzung. Der gesamte Konflikt ist ausführlich im ersten abgedruckten Flugi "Verschiedene Stufen der Gewalt" geschildert.
Jens Waßmann verteidigte einen der Angeklagten im Gerhofstraßenprozeß (s. Zeck Nr. 21), der politisch sehr bedeutsam war und in dem einigen Angeklagten Haftstrafen drohten. Die im ersten Flugi geschilderte Geschichte um J. W. als "Vergewaltigungsverteidiger" war der Prozeßgruppe bekannt, wurde von ihr aber u. a. aus prozeßtechnischen Gründen bisher nicht öffentlich gemacht. Den Konflikt regelte die Prozeßgruppe intern, indem sie nicht mehr mit J. W. zusammenarbeitete. Aber auch dies wurde nicht öffentlich gemacht. (Leider lag die Stellungnahme der Prozeßgruppe bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)
Es gab massive Kritik aus Frauenkreisen daran, zum Prozeß zu mobilisieren, ohne auf J. W.s Geschichte aufmerksam zu machen (s. hierzu Flugi "Umgang mit Anwälten sexistische Gewalt").
Auch an der Flora und der ZECK wurde Kritik geübt. Die Flora hat im Januar eine Soli-Party für den Gerhofstraßenprozeß organisiert, die in der ZECK unkommentiert, trotz des Wissens einiger aus der Redaktion um den bestehenden Konflikt mit J. W., angekündigt wurde. Die Inhalte der Kritik an Flora und Prozeßgruppe waren im Grunde genommen dieselben: durch Ausblendung des Faktes, daß einer der Anwälte sich zum Thema Verteidigung von Vergewaltigern indisktabel scheiße verhalten bzw. nicht verhalten hat, wird das Problem zum Nebenwiderspruch in bezug auf den laufenden Prozeß degradiert.
We[illegible] auf dem Flora Plenum noch in der ZECK-R[illegible] war [illegible] Waßmann als linker Anwalt, der [illegible] Vergewaltiger vertreten wollte, bis dahin [illegible] obwohl einigen Vielen die Tatsache [illegible] war.
Auf dem Flora [illegible] wurde das dann ein paar Wochen [illegible] Soli-Party auf die Tagesordnung gesetzt und im [illegible] Stellungnahme dazu verfaßt. Auch [illegible] aber darauf hinweisen [illegible] die Auseinandersetzung [illegible] in den Diskussionen um die [illegible] an sich gab es harte Kontroversen, deren Folge nun geschlechtergetrennte Plena zu dem Thema sind.
In der Zeck-Redaktion gab es noch keine grundsätzliche inhaltliche Diskussion zu dem Thema, sehr wohl aber zu der geäußerten Kritik für die Soli-Party zu werben und Artikel zum Prozeß abzudrucken, ohne auf J.W. hinzuweisen.
Wir finden die Kritik richtig und wollen nun versuchen, durch unsere redaktionelle Arbeit, also durch Dokumentation der verschriftlichten Positionen zu dem Thema, die Diskussion transparenter zu machen und damit zu unterstützen.
Die Diskussion unter uns als Redaktion eines linken Zeitungsprojektes muß nun sein, inwieweit wir "privat" vermittelte Themen solcher Ausmaße durch eigene Artikel öffentlich machen, wenn es schon von involvierten Gruppen keine schriftlichen Stellungnahmen gibt.
In diesem konkreten Fall haben wir uns lediglich mit Nachdruck um Infos zum Gerhofstraßenprozeß gekümmert, nicht aber um welche zu J.W., obwohl die meisten um "seine Geschichte" wußten.
Wir hoffen, daß eine breite und inhaltliche Diskussion nun stattfindet, in der wir die Zeck als Medium zur Verfügung stellen.

*die Zeck-Redaktion*



# Verschiedene Stufen der Gewalt

Vergewaltiger
Vergewaltigerverteidiger
Verteidiger der Vergewaltigerverteidiger
Männerkumpanei gegen Frauen

Aufgrund diverser Streitigkeiten und Auseinandersetzungen um einen Prozeß hier in Hamburg sehen wir uns genötigt, zu dem Thema Vergewaltigerverteidiger Stellung zu beziehen.

Es ist immer wieder verwunderlich, wie in der Linken seit über 20 Jahren Frauenkampf wahrgenommen bzw. ernst genommen wird: In Sachen Sexismus können sich reaktionäre und sich als links bezeichnende Männer gegenseitig auf die Schulter klopfen. Mit dem tagtäglich ausgeübten Sexismus unterstützen die Männer diesen Staat und fügen sich perfekt ein in das System der Unterdrückung. Um Anteil an der Macht zu haben, werden Frauen der sexuellen und emotionalen Ausbeutung in Familie und Beziehung - als Freiwild und durch alltägliche Anmache bis hin zur Vergewaltigung - ausgesetzt. Überall wo Frauen leben, werden sie vom System mit Hilfe der Männer unterdrückt und ausgebeutet, u. a. durch Gewalt in der Sprache, in den Medien und in den Gerichtssälen.

Ziehen Männer nicht die Konsequenz auch dieses Unterdrückungsverhältnis entschieden zu bekämpfen, machen sie sich der Mittäterschaft und des Täterschutzes schuldig. Die Solidarität gehört nicht den Unterdrückern, sondern den Frauen! Es gibt keine Unparteilichkeit in diesem Konflikt, es gibt keinen neutralen Standpunkt im Umgang und Bewertung dieser Gewaltverhältnisse, d. h., grundsätzlich Solidarität mit den Frauen und Mädchen, und nicht mit den Tätern der verschiedenen Stufen der Gewalt.

Nach wie vor gibt es Anwälte, die sich selbst u.a. als linke Strafverteidiger verstehen, die Vergewaltiger verteidigen/ verteidigen wollen. Sie scheinen zu meinen, dies wäre mit linker Politik vereinbar.

**Nun ein aktuelles Beispiel:**

## ZUR AUSEINANDERSETZUNG MIT + UM JENS WAßMANN WEGEN DER VERTRETUNG EINES MEHRFACHEN VERGEWALTIGERS UND FRAUENMÖRDERS

Anfang des Jahres 1993 forderte J.W. die Ermittlungsakte des "Mandanten" an und legt selbst eine Handakte mit dem bisherigen Schriftwechsel an. Durch einen Brief des Mandanten fällt einer Mitarbeiterin auf, daß es sich um densleben Mandanten handeln könnte, der bereits J.W. wegen der Veröffentlichung eines Buches über seine Lebensgeschichte angeschrieben hatte. Damals war ihr beim Durchblättern die Passage aufgefallen, in der der Mandant kurz das zu "Unrecht" gegen ihn erlassene Urteil wegen Vergewaltigung angesprochen hatte. J.W. wird von ihr angesprochen und er meint, er müsse sich erst die Akte ansehen. J.W. teilt nicht mit, daß die Akte zwischenzeitlich eingegangen ist und er sie bereits selbst kopiert hat (seit der Anforderung der Akte ist klar, daß J.W. den Mandanten übernommen hat, denn sonst würde er die Akte überhaupt nicht bekommen. J.W. hat von sich aus die Beiordnung beantragt. Das Gericht hatte bereits eine Anwältin pflichtbeigeordnet).
Eine Mitarbeiterin wird durch einen weiteren Brief des Mandanten erneut an die Sache erinnert und sie holt sich die Akte. Die Mitarbeiterinnen sehen sich die Ermittlungsakte an. Dabei stellen sie fest, daß dieser Mandant vor Jahren wegen mehrfacher Vergewaltigung, sexueller Nötigung sowie dem Mord an einer Frau verurteilt wurde (das sind "nur" die Verbrechen, für die er auch verurteilt wurde!). Die MitarbeiterInnen gehen zu J.W. und fragen ihn, ob er ihnen was zu der Akte sagen kann bzw. was er in dieser Akte macht. J.W. fragt erstaunt wieso? Das sei eine Sache, wo er beigeordnet wurde, und das würde er machen. J.W. wird gefragt, ob er das Gleiche auch für einen Skin, der Ausländer gequält hat, tun würde. J.W.:"Natürlich nicht!"
Daraufhin weigern sich die Mitarbeiterinnen weiter für ihn zu arbeiten. D.h. es wird nicht mehr für ihn geschrieben und keine Kostenrechnungen mehr gemacht. Dies wird den anderen Anwälten mitgeteilt, die diese Entscheidung akzeptieren.
Es findet eine Bürobesprechung statt, an der die Anwälte und die Mitarbeiterinnen teilnehmen. J.W. wird nach seinem Verhältnis zu dem Mandanten gefragt, und es wird von den Mitarbeiterinnen gefordert, daß er das Mandat niederlegt. J.W. sagt dazu, daß er sich die Akten noch nicht richtig angesehen hätte, daß es nicht um eine Verteidigung, sondern um eine Strafvollstreckung (der Mandant sitz seine Haftstrafe in der geschlossenen Abteilung/ Psychatrie ab) ginge, daß er die Psychatrie ablehnt und versucht Leuten rauszuhelfen. Die anderen Anwälte weisen ihn darauf hin, daß er sich vepflichtet sich voll und ganz für den Mandanten einzu setzen, wenn er das Mandat übernimmt und J.W. wird gefragt, ob er ihn wirklich raushaben will. J.W. sagt, ja, er will ihn rausholen. J.W. wird wiederum gefragt, ob er das Gleiche für einen Skin machen würde, der Ausländer gequält hat. J.W. antwortet ohne zu überlegen mit nein.

Eine Mitarbeiterin macht darauf aufmerksam, daß sie bei ihrer Einstellung extra auf den Bürokonsens hingewiesen wurde, daß in diesem Büro keine Faschisten, Vergewaltiger und Vermieter vertreten werden. J.W. sagt, daß dieser Fall für ihn nicht unter diesen Konsens fällt. Am Ende der Besprechung meint J.W., er wird das Mandat niederlegen. Er glaubt, daß die Arbeit nun wieder für ihn aufgenommen würde.
J.W. weiß. daß er über diesen Fall reden muß, denn er ist bereits bei dem ersten Briefwechsel auf "Merkwürdigkeiten" des Mandanten angesprochen worden. Dies hat er nicht getan und versucht sich noch während der Bürobesprechung mit Halbwahrheiten herauszuwinden.

Die Mitarbeiterinnen nehmen die Arbeit nach dieser Besprechung nicht wieder auf.
Darauf folgt eine Besprechung, die nur unter den Anwälten stattfindet, das Problem wird also zur Chefsache erklärt.

Letztendlich legt J.W. das Mandat dann auch nach ca. 1 Woche nieder. Bis zur Mandatsniederlegung ruft der Mandant immer wieder an. D.h., die Mitarbeiterinnen sind gezwungen, mit ihm zu telefonieren, was sie unterbinden, indem sie gleich wieder auflegen, sobald er sich meldet.
Die Mitarbeiterinnen stellen zwar anhand der Akte fest, daß das Mandat niedergelegt wurde, sie sehen aber auch die Begründung dafür. J.W. schreibt an das Gericht: Er sieht sich gezwungen, das Mandat niederzulegen, weil sich seine Mitarbeiterinnen seit der Übernahme weigern, für ihn zu arbeiten - auch die Anwälte sich gegen ihn stellen - und er sich in seiner beruflichen Existenz gefährdet sieht. Inhaltlich distanziert er sich nicht!!
Die Mitarbeiterinnen nehmen die Arbeit nach dieser Mandatsniederlegung nicht wieder auf, da sie die inhaltliche Auseinandersetzung nach wie vor fordern.

Der Mandant schreibt an J.W., daß er es unmöglich findet, daß die Mitarbeiterinnen und auch Anwälte so einen Druck ausüben (d.h., J.W. muß ihm davon berichtet haben), und daß es ja wohl nicht angeht, eine integere Person wie J.W. so zu belasten, daß er seine Arbeit nicht fortsetzen kann.
Es wird deutlich, daß er sich keinerlei Schuld bewußt ist und er sagt, daß er mit dem Mord an der Frau der Gesellschaft eher einen Gefallen getan hätte, da es sich bei ihr um Abschaum handeln würde.
Spätestens jetzt ist klar, daß er auch heute noch ein Frauenhasser ist und seinen gewalttätigen Verbrechen auch HEUTE NOCH korrekt findet.

Und spätestens jetzt hätte sich J.W. von diesem Mandanten auch INHALTLICH distanzieren müssen. Dies ist nicht passiert. J.W. behauptet weiter, er hätte sich noch kein abschließendes Bild gemacht und könne dazu nichts sagen.
Dies zeigt, daß er sich immer noch nicht damit auseinandergesetzt hat. Das einzige, was passiert ist, daß J.W. die Akte "verschwinden ließ", sie den Mitarbeiterinnen also nicht mehr zugänglich ist.
Die Mitarbeiterinnen fordern weiterhin die inhaltliche Auseinandersetzung darüber und halten ihre Arbeitsverweigerung ( mit Ausnahme Telefon) aufrecht. Sie weigern sich, zur Tagesordnung überzugehen, da J.W. das Mandat nur aufgrund des Druckes niedergelegt hat und nicht, weil er sich inhaltlich damit auseinandergesetzt hat.

J.W. beginnt auf einzelne Mitarbeiterinnen zuzugehen, mal schreibt er einen Brief, mal will er reden. Es ist mit ihm geredet worden, es bestand immer noch Hoffnung, daß er sich damit auseinandersetzt, was es heißt, einen derartigen Sexisten zu vertreten, was aber letztendlich nicht passierte. Nach ein paar Tagen tut J.W. als ob nichts gewesen wäre.

Es findet wieder eine Chefbesprechung statt, weil die Arbeitsverweigerung nach wie vor aufrechterhalten wird, da J.W. sich immer noch nicht von seinem Mandanten inhaltlich distanziert. In dieser Besprechung wird J.W. noch einmal von den Anwälten gesagt, daß er sich auseinandersetzen und dann auch seine Fehler eingestehen muß, weil die Arbeitsverweigerung sonst aufrechterhalten wird und dies kein tragbarer Zustand ist.
Darauf hat J. W. eine neue Idee. Es sollte gerade eine weitere Frau eingestellt werden, die für einen der anderen Anwälte arbeiten sollte. J. W. schlägt vor, daß diese Frau für ihn arbeiten sollte, und wenn sie dies nicht tut, ihr mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu drohen. Die neue Angestellte kannte den Konflikt nicht und war auf den Arbeitsplatz angewiesen. Das heißt im Klartext, daß sie sich entweder von den anderen Mitarbeiterinnen distanziert oder rausfliegt.

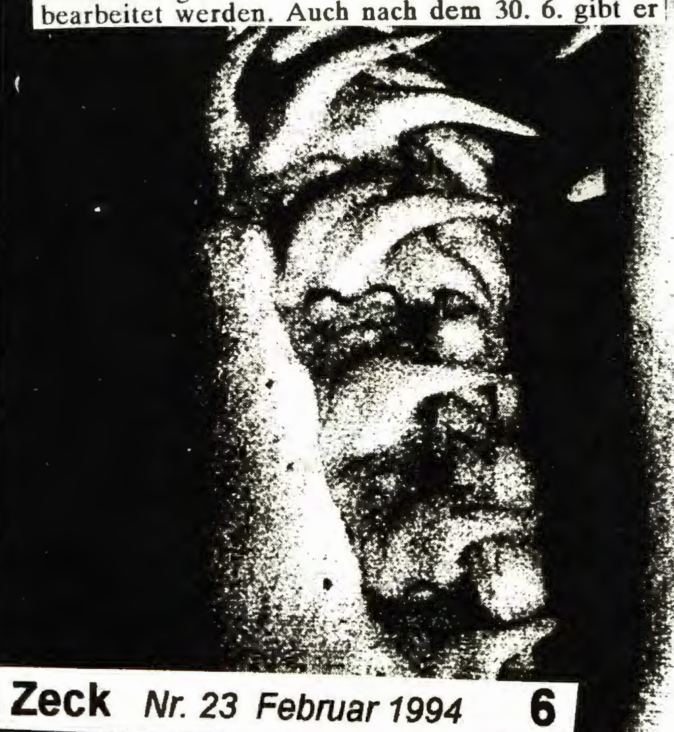


Daß dies nicht praktikabel ist, da sie für einen anderen Anwalt eingestellt wurde, war auch den Anwälten klar.
Die Situation wurde untragbar und den Mitarbeiterinnen wurde klar, daß J. W. gehen muß.
Auch damit setzt sich J. W. nicht auseinander, sondern fordert den vollständigen Austausch des gesamten "Büroapparates", sprich aller Mitarbeiterinnen. Dies wird von den anderen Anwälten den Mitarbeiterinnen weitervermittelt, die Mitarbeiterinnen fordern, daß sich die Anwälte zwischen ihnen und J. W. entscheiden müssen.
Zunächst passiert danach garnichts. Am 15. 2. kündigen die Mitarbeiterinnen an, daß sie nun ihre Kündigung schreiben werden ( am 15. um ihre Kündigungsfristen einzuhalten).
Einer der Anwälte bittet die Mitarbeiterinnen damit noch zu warten, um am übernächsten Tag noch eine Besprechung einzuberufen. Dieser Anwalt sagt dann nach dieser Besprechung, daß er nach 8 Jahren Zusammenarbeit mit J. W. zu dem Schluß gekommen ist, daß jede der Mitarbeiterinnen mehr zum Funktionieren des Büros beiträgt und er deshalb dafür ist, daß J. W. geht (der andere Anwalt hatte schon vorher angekündigt, daß er auch geht, wenn die Mitarbeiterinnen gehen) und deshalb beschlossen wurde, das J. W. gehen muß.

J. W. kündigt an, daß er noch 2 Wochen im Büro sein wird, dann wegen eines privaten Termins abwesend ist und anschließend seinen Resturlaub nehmen will und somit das Büro offiziell zum 30. 6. verlassen wird. Diese Absprache wird mündlich getroffen und die Mitarbeiterinnen, für die die Situation im Büro unter J. W.'s Anwesenheit unerträglich ist, erklären sich bereit, bei der Abwicklung zu helfen, damit alles schneller geht, d.h. wieder eingeschränkt für ihn zu arbeiten.
Nach 3 - 4 Wochen ist J. W. immer noch im Büro anwesend, er bemüht sich weder um die Festlegung eines privaten Termins noch um einen neuen Arbeitsplatz. Es gibt sogar ein Angebot eines anderen Büros an ihn, wozu er sich aber solange nicht entschließen kann (trotz finanziellem Entgegenkommens des anderen Büros), bis dieses schließlich ihr Angebot an J. W. zurücknimmt.
Schließlich müssen die Bedingungen des Ausscheidens von J. W. zum 30. 6. dann schriftlich festgelegt werden. Während seines "Urlaubs" arbeitet J. W. im Büro und weigert sich, Personalkosten zu zahlen, obwohl wieder eingeschränkt für ihn gearbeitet wird.

Inzwischen wurde eine neue Anwältin eingestellt, die zum 1. 7. in das Büro einziehen will. Sie geht am 30. 6. zu J. W., um ihm zu sagen, daß sie den Raum braucht. J. W. sagt einfach, daß er erst am 5. 7. in sein neues Büro kann,P unkt. Daß sie einen Anspruch auf den Raum hat, interessiert J. W. überhaupt nicht. Sie schlägt noch vor, sich den Raum solange zu teilen, weil sie ja schließlich irgendwo arbeiten können muß, was von J. W. einfach abgelehnt wird.

Ab dem 1. 7. ist J. W. überhaupt nicht mehr im Büro und die Mitarbeiterinnen lassen ihm mitteilen, daß sie ab jetzt überhaupt nichts mehr für ihn arbeiten werden, auch keine MandantInnen mehr durchstellen(Telefon) werden. J. W. findet das unglaublich.
Noch am 30. 6. legt J. W. den Mitarbeiterinnen einen dicken Stapel diktierter Akten mit 2 - tägiger Bearbeitungsfrist hin, die natürlich nicht bearbeitet werden. Auch nach dem 30. 6. gibt er den Mitarbeiterinnen immer wieder Anweisungen, dieses oder jenes zu tun und ignoriert die berechtigten Absagen der Mitarbeiterinnen vollständig.



Diese Tatsache allein ist mehr als Grund genug, jeden Kontakt abzubrechen.

Wir denken, diese ausführliche Darstellung zeigt deutlich, daß J. W. nicht nur "ein bißchen naiv" war, sondern daß er kein Problem damit hat, Vergewaltiger zu vertreten. Die Hartnäckigkeit, mit der er sich der Auseinandersetzung widersetzt hat, kommt aktiver Parteinahme, also Täterschutz gleich !

Nun zum grundsätzlichen Verhältnis zu Anwälten, die Vergewaltiger verteidigen. Diese Tatsache allein ist mehr als Grund genug, jeden Kontakt abzubrechen und um diese Tatsache geht es uns im wesentlichen.
Vergewaltigung ist die extremste Form sexualisierter Machtausübung. Eine sexuelle Versklavung von Frauen liegt in allen Situationen vor, in denen Frauen oder Mädchen ihre unmittelbaren Existenzbedingungen nicht ändern können, aus denen sie - unabhängig davon, wie sie hineingeraten sind - nicht hinauskönnen, in denen sie sexueller Gewalt und Ausbeutung unterworfen sind. Vergewaltigung, sexuelle Mißhandlung von Kindern (wobei Mädchen weitaus häufiger betroffen sind), die Herstellung und Vertreibung von Kinderpornos und die ganze lange Kette von "sonstigem" frauenverachtenden Verhalten ist imperialistische Machtausübung. Frauen, die letzte Kolonie. Die Verteidigung dieser Machtausübung dient ausschließlich dem Erhalt des patriarchalen Systems. Es ist nicht zu dulden, daß sexuell gewalttätige Männer für ihr Verhalten auch noch Verständnis oder gar Unterstützung ernten. Anwälte, die sexuelle Gewalttäter verteidigen betreiben aktiven Täterschutz und stehen mit ihnen auf einer Stufe. 1988 und 1990 gab es eine breitere Diskussion um sog. "linke Anwälte", die Vergewaltiger verteidigen. Damals wurde (anfänglich) diskutiert, daß es möglich sei, Vergewaltiger zu verteidigen, wenn dies auf der Grundlage eines Geständnisses geschieht. Dies wurde damit begründet, daß damit der Frau die nervenaufreibende und erniedrigende Prozedur vor Gericht erspart werden könne. Es wurde weiter argumentiert, daß eine solche Verteidigungslinie für die Frau in jedem Fall besser ist, als wenn der Täter von einem nicht so "bewußten" Anwalt vertreten wird. Dies erwies sich jedoch sehr bald als Trugschluß. Ein Anwalt ist in jedem Fall verpflichtet, sich voll und ganz für seinen Mandanten einzusetzen. Im Fall eines (vereinbarten) Geständnisses heißt das, daß der Anwalt versucht, das Urteil soweit wie möglich zu drücken. Dies jedoch geschieht ausschließlich auf Kosten der betroffenen Frau/ des betroffenen Mädchens.
Dem Anwalt steht ein reichhaltiges Repertoire zur Verfügung: Zum einen kann er versuchen, die Glaubwürdigkeit der Frau zu erschüttern, indem er sie als Hure darstellt, ihr Privatleben auseinandernimmt, sie in den Dreck zieht, um letztendlich klar zu machen, daß sie ja nicht ganz unschuldig sein kann.
So gerade geschehen durch den "linken" Anwalt Uwe Maeffert bei einem Vergewaltigungsprozeß in Lübeck (s. Gegenwind Nr. 65, November 93). Zum anderen kann der Anwalt damit argumentieren, daß der Täter zum "Opfer" seiner

Triebe wurde, sie ihn provoziert hat, u.U. Alkohol im Spiel war, er "Opfer" seiner bedauernswerten Lebensumstände usw. ist. In diesem Fall wird der Täter zum Opfer gemacht. Meist werden beide Strategien kombiniert eingesetzt.

D.h. also: Es kann keine Verteidigung eines Vergewaltigers geben, die der betroffenen Frau/ Mädchen auch nur annähernd gerecht wird!

In Vergewaltigungsprozessen (nicht nur) deutscher Justiz ist es jahrelange Praxis, daß die Glaubwürdigkeit der Frau, die oft als einzige Zeugin auftritt, angezweifelt wird. Es wird nicht die Schuld des Täters nachgewiesen, sondern die betroffene Frau muß beweisen, daß sie tatsächlich vergewaltigt wurde und sich einer absolut entwürdigenden Befragung aussetzen, wo sie wiederum beweisen muß, daß sie den Täter nicht provoziert hat. In vielen Fällen wird sogar ein Glaubwürdigkeitsgutachten der Frau von den jeweiligen Anwälten angefordert ( so auch im Lübecker Prozeß von Uwe Maeffert). Diese Praxis, eher dem Täter als der Frau Glauben zu schenken, ist auch in der sogenannten "linken" Szene gang und gäbe.
So wurde bislang dem Anwalt J.W. eher geglaubt als den Mitarbeiterinnen im Büro, die unter Einsatz ihres Arbeitsplatzes um die Auseinandersetzung mit J.W. gekämpft haben. Auch hier mußten die Frauen alles ganz genau berichten, damit ihnen überhaupt geglaubt wurde.

Wir haben hoffentlich ausreichend deutlich gemacht, daß kein Thema wichtig genug sein kann, um die Verteidigung durch einen Anwalt, der einen Vergewaltiger verteidigt und damit auf der Gegenseite steht, in Kauf zu nehmen und/oder zu legitimieren.

In der BRD gibt es derzeit keinen Befreiungskampf in dem Sinne, jedoch muß bei jeder Form des revolutionären Widerstandes das Ziel im Weg enthalten sein.

BEFREIUNGSKAMPF ORGANISIERT SICH AN DER REVOLUTIONÄREN FEMINISMA ODER FÜHRT IN EIN REFORMIERTES PATRIARCHAT (Mondsicheln, Nov. 93)

vom Dezember 93

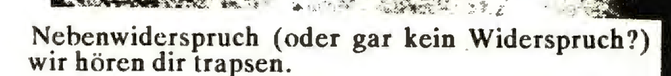
Lesetips:
Claudia von Werloff, Frauen die letzte Kolonie
Maria Mies, Patriarchat und Kapital
Birgit Rommelsbacher, Rechtsextremismus und Dominazkultur,
in: Ein Herrenvolk von Untertanen

Aus gegebenem Anlaß:

# Zum Umgang mit Anwälten sexistischer Gewalt

Betr.: Gerhofstraße

Am 16. 12. 93 wurden die Urteile im Prozeß um die Auseinandersetzungen an der Gerhofpassage auf der Hafen - Demo vom 19. 5. 90 gefällt. Dieser Prozeß ging als die übliche Farce politischer Justiz über die Bühne und war doch auch ein Lehrstück. Lehrreich war der Prozeß in Bezug auf Solidarisierungen - wer mit wem für was ? - und die Rangfolge politischer Anliegen, wie sie sich in der gemischten Hamburger Szene einmal mehr manifestierte :
Seit knapp einem Jahr ist klar, daß einer der Anwälte der Angeklagten im Gerhofstraßenprozeß, Jens Waßmann, aus eigenem Antrieb und gegen den Widerstand seiner BürogenossInnen die juristische Vertretung eines Vergewaltigers und Frauenmörders übernommen hat. Seinen späteren Rückzug aus dem Verfahren begründet er ausdrücklich mit dem Ärger im Büro, nicht etwa damit, daß der juristische Beistand für einen sexistischen Gewalttäter mit linken Positionen unvereinbar ist. Die Auseinandersetzung fiel in die Zeit der Prozeßvorbereitung und die Gerhofstraßen-Prozeßgruppe inklusive Waßmanns Mandant wußten davon, stellten es jedoch in keinen Zusammenhang mit Waßmanns Ruf als "linker Anwalt". Sie zogen weder die Konsequenz der Mandatsrücknahme, noch wurde die Abtrennung dieses einen von den insgesamt sechs Verfahren erreicht. Statt dessen setzte sich in der Gruppe sein Mandant durch, der sich auf keinen Fall von jemanden anderes als Waßmann verteidigen lassen wollte.



Nebenwiderspruch (oder gar kein Widerspruch?) wir hören dir trapsen.

Die Zusammenarbeit zwischen Prozeßgruppe, AnwältInnen und Mandanten war zwar von heftigen internen Auseinandersetzungen geschüttelt, diese führten jedoch nicht zur Trennung von Waßmann. Die Diskussion wurde innerhalb der Gruppe gehalten, und die Vermutung liegt nahe, daß kein Interesse an einer öffentlichen Auseinandersetzung bestand - zumindest wurde es nicht durchgesetzt. Also erhielt Waßmann nach Bekanntwerden seines Engagements für einen sexistischen Gewalttäter erneut die Anerkennung als "linker Anwalt". Der konstruierte Sachzwang - laufendes Verfahren und Unwilligket des Mandanten - zeigt, wie billig feministische Positionen in der gemischten linken Szene gehandelt werden.

Die Verteidigung sexistischer Gewalttäter in einem staatlichen Verfahren läuft über die Bloßstellung der Angegriffenen, das Anzweifeln ihrer Aussagen, Teilschuldzuweisung, über die Individualisierung sexistischer Gewalt und Rückgriff auf ein biologistisches Triebmodell. Im Zweifelsfall für den Angeklagten, die Beweislast liegt bei der als Zeugin befragten Verletzten, jede Verteidigung betreibt aktiven Täterschutz - und die Chancen vor Gericht stehen gut. Sich daran zu beteiligen, dafür hat Waßmann sich entschieden. Wer das als Bagatelle hinstellt, eine klare Distanzierung durch Aufkündigung weiterer



Zusammenarbeit taktischen Überlegungen unterordnet (oder den Zusammenhang gar nicht erst herstellt), beteiligt sich ebenfalls an der Darstellung sexistischer Gewalt als "Ausrutscher", privates Problem irgendwelcher Menschen, das als solches unter den Teppich der hohen Politik gekehrt werden kann.
Es gibt hier kein Nicht- Verhalten. Der Namen der angeblichen "Neutralität" sind Männerkumpanei, Täterschutz, erneuter Angriff auf die Verletzte und Entsolidarisierung von feministischer Politik. Durch weitere Beauftragung eines Anwalts, der Vergewaltiger vertreten hat, wird er in seiner Arbeit anerkannt. Und das bedeutet, gegen die vergewaltigte Frau/ das vergewaltigte Mädchen, für den Vergewaltiger Partei zu ergreifen.



Wenn wir hier die Gerhof-Prozeßgeschichte noch einmal aufrollen, so, wie sie sich im Nachhinein darstellt, tun wir das nicht wegen all der vielen "Einzelfälle", sondern uns geht es um den prinzipiellen Umgang mit sexistischer Gewalt.

Wir haben anfangs gesagt, daß der Gerhofstraßenprozeß ein Lehrstück war. Darin verkündet der Protagonist: Im Prinzip keine Beauftragung von Vergewaltiger-Verteidigern, hier und heute aber doch. In diesem Stück leisten die Frauen in der Prozeßgruppe den Löwinnenanteil an der Auseinandersetzung mit politischen Prinzipien. Die Frauen aus der Kanzlei erfahren bei ihrem Versuch an die Öffentlichkeit zu gehen kaum Unterstützung. Der Spaltungsvorwurf durchweht die Szene, und natürlich sind es die Frauen, die mit ihrem "Herumhacken" auf Prinzipien das traute Einerlei stören. Und im Verlauf des Stückes entscheiden sich die AkteurInnen dagegen, ein Exempel zu statuieren, denn es gäbe ja so viele Waßmänner, die sich mit der Verteidigung sexistischer Gewalttäter ihre Brötchen verdienen.

* Diese Lehren verkehren wir nun ins Gegenteil:

- Wer sich nicht eindeutig und konsequent gegen sexistische Gewalt stellt, mit denen haben wir nichts gemeinsam. Eine nicht vorhandene Gemeinsamkeit kann auch nicht gespalten werden.

- Täterschützer werden wie Täter öffentlich gemacht;
seien es Anwälte, seien es Prozeßgruppen und Mandanten, die mit ihrer Rede vom "Einzelfall" sexistische Gewalt individualisieren und in ihrem Verhalten den Ablauf staatlicher Vergewaltigerprozesse reproduzieren.

zu Anwälten : Maeffert verteidigte in Lübeck einen Vergewaltiger, die Kanzlei Jacobi/ Patett führte die Unterlassungsklage eines sexistischen Gewalttäters gegen die Mutter des mißhandelten Mädchens.

- Wir geben die Beweislast zurück und fordern eine klare Distanzierung von sexistischen Gewalttätern und ihren Beschützern.

**KEINE VERTEIDIGUNG SEXISTISCHER GEWALT !!**

**AKTIVER BOYKOTT VON ANWÄLTiNNEN, DIE DIESES PRINZIP BRECHEN !**

Bella * Fantifa OmU * Frauenbande * FrauenLesbentag im Schwarzmarkt * Hamburger Frauenzeitung * Komplizinnen * Borginak



# Erklärung des Flora-Plenums zur Soli-Fete für die (ehemaligen) Angeklagten im Gerhofstraßenprozeß vom 22.1.94

Der Anwalt Jens Waßmann, um den es in dieser Erklärung geht, verteidigte einen der Angeklagten im Gerhofstraßenprozeß. Wie zumindest einigen Menschen aus der Flora schon seit längerem bekannt war, wollte J. W. auf eigenes Verlangen einen Vergewaltiger und Frauenmörder juristisch verteten. Er hat dies erst auf massiven Druck der im Anwaltsbüro tätigen Frauen nicht getan, ohne sich jedoch einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu stellen (s. Flugblatt: "Verschiedene Stufen der Gewalt").

Auf dem Flora-Plenum hat es, auch nachdem wir beschlossen hatten, eine Soli-Fete für den Gerhofstraßenprozeß zu machen, lange Zeit keine Auseinandersetzung um diesen Fall gegeben. Erst als einige Frauen bzw. Frauengruppen das Ganze öffentlich machten und eine Auseinandersetzung einforderten, fand auch bei uns eine erste Diskussion statt.

Die Kritik der Frauen an uns nehmen wir an. Wir sind uns aufgrund von unterschiedlichen Motiven, Argumentationen und Klärungsbedürfnissen (die Konsequenzen betreffend) darin einig, daß J. W. nicht unbehelligt, ungehindert und unwidersprochen als (linker) Anwalt arbeiten darf.

Dabei haben sich zunächst drei unterschiedliche "kontroverse" Positionen herausgestellt:

1. Die Verteidigung von Vergewaltigern durch sog. linke Anwälte ist abzulehnen (s. auch Flugblatt:"Verschiedene Stufen der Gewalt").
2. Selbst wenn eine Vergewaltiger-Verteidigung nicht prinzipiell abzulehnen wäre, ist das Verhalten von J. W.. gegenüber den im Anwaltsbüro tätigen Frauen indiskutabel.
3. Es ist unter bestimmten Voraussetzungen eine Diskussion mit J.W. vorstellbar und notwendig.

Von unserem praktischen Verhalten her haben wir den Konflikt zum Nebenwiderspruch verkommen lassen. Wir werden uns an den weiteren Diskussionen beteiligen.

Jens Waßmann wird an dem Erlös der Soliparty nicht beteiligt.

Rote Flora Plenum
19. 1. 1994

# Bericht eines Teilnehmers am Hungerstreik auf der "Altona"

Vom 11. bis 21. 12. 1993 haben bis zu 30 Flüchtlinge auf dem Erstaufnahmeschiff "Altona" in Hamburg-Neumühlen einen Hungerstreik durchgeführt mit folgenden Forderungen:
- Stop der Abschiebungen der Flüchtlinge in ihre Heimatländer !
- Freizügigkeit für die Flüchtlinge in allen deutschen Bundesländern!
- Freie Wahl des Wohnortes für alle Flüchtlinge!
- Schluß mit der Unterbringung der Flüchtlinge auf Wohnschiffen!
- Änderung der unmenschlichen Asylgesetze!
(siehe hierzu auch letzte ZECK Jan. '94)
Im folgenden Auszüge aus einem Bericht eines Hungerstreikteilnehmers.
"Wir haben den Hungerstreik u.a. mit mehrsprachigen Flugblättern vorbereitet, die auf den Schiffen verteilt wurden. Zu Beginn des Streikes waren wir zu 8, am Ende ca. 30 Teilnehmer und zwar Flüchtlinge aus Ägypten, Algerien, Liberia und der Elfenbeinküste; darunter 2 algerische Frauen.
Die Kantine als Ort des Hungerstreikes haben wir aus strategischen Gründen gewählt (Anlaufstelle für alle Bewohner); außerdem gibt es auf der "Altona" keinen Gemeinschaftsraum. Die Teilnehmer hatten ihre Matratzen und ihr sämtliches Gepäck mitgebracht. Wir haben lediglich Tee und Wasser zu uns genommen und Zigaretten geraucht.
Der Kantinenchef hat versucht uns hereinzulegen und hat uns heimlich - während wir schliefen - Kisten mit Obst und Fruchtsäften in den Raum gestellt; als wir dann aufwachten und unser "Frühstück" sahen, haben wir ihn ausgelacht und nichts berührt ausser daß wir unserem erkrankten Mitkämpfer ein Stück Obst aufgenötigt haben - selbst er wollte nichts essen.
Der Hausmeister und anderes Betriebspersonal besuchten uns 2 - 3 x täglich und machten sich über uns lustig.
Der Unterkunftsleiter Herr Norton hat dem Streik sehr ablehnend gegenüber gestanden, hat dann aber - als er sah, wie geordnet der Streik ablief und wir z.B. auch immer saubergemacht- und aufgeräumt haben - uns an einigen Punkten unterstützt; so hat er z.B. für einige von uns, die in dieser Zeit Termine bei der Ausländerbehörde hatten, angerufen und neue Termine besorgt.
Auch die auf dem Schiff angestellte Krankenschwester hat uns geholfen, indem sie alle 2 Tage nach uns geschaut hat und uns beraten hat hinsichtlich Flüssigkeitsaufnahme etc..
Die beiden für die "Altona" zuständigen Sozialarbeiter sind 1 x täglich bei uns gewesen zusammen mit einem Dolmetscher, um zu fragen, ob sie etwas für uns tun könnten, was aber nicht der Fall war.
Den von den Behörden geschickten Arzt, der sich nur zusammen mit den Leuten von der Schiffsverwaltung in die Kantine traute, haben wir wegen dieser Begleitung abgelehnt und ihn nicht an uns herangelassen. Die Ärztin hingegen, die uns am 4. Tag besucht hat, war uns eine große Hilfe; sie war aber nur einmal da, danach durfte sie die "Altona" nicht mehr betreten.

Während der ganzen Zeit wurde uns mehrmals unser Ausweis und die Bordkarte abgenommen; ausserdem wurden wir alle mehrfach in das Büro des Leiters bestellt, wo uns die Einweisung in eine andere Unterkunft ausgehändigt wurde; am Anfang haben wir diese Zettel öffentlich zerrissen. Letztendlich war dies jedoch ein entscheidendes Mittel, uns zu verunsichern.

Wir haben den Streik abgebrochen aus verschiedenen Gründen:
Zum einen waren eines morgens drei unserer Mitkämpfer sang- und klanglos verschwunden, was uns sehr demoralisierte; zum anderen drängte die Verwaltung immer nachdrücklicher auf unseren Auszug, so daß wir die schlimmsten Sanktionen befürchten mußten, nämlich Verhaftung und Abschiebung.

Trotz allem hat dieser Streik uns Mut gemacht und wir beurteilen ihn als Erfolg. Wir haben gesehen, daß wir zu einer gemeinsamen Aktion in der Lage sind, die auch einiges öffentliches Aufsehen erregt hat und von vielen Menschen aus der Stadt unterstützt wurde. Wir haben erlebt, daß wir mit einer Stimme sprechen können und einen starken Willen haben, durchzuhalten.

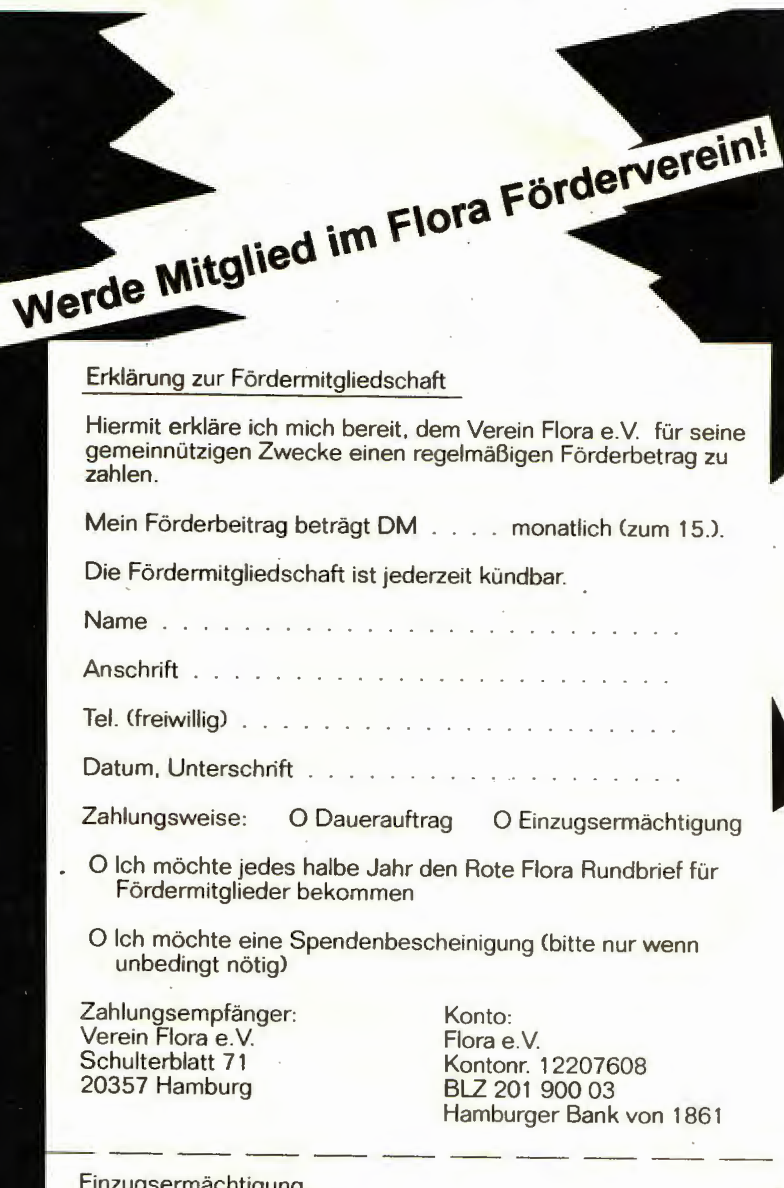
Konkret geändert hat sich für uns, daß eine Frau eine unbefristete Aufenthaltsbefugnis bekommen hat und die anderen fast alle in bessere Unterkünfte verlegt worden sind. Letzteres geschah nach meiner Auffassung aber im wesentlichen, um uns zu trennen und uns als rebellische Elemente vom Schiff wegzuhaben.
Ob tatsächlich - wie versprochen - unsere Fälle einzeln alle noch einmal überprüft werden, kann ich bislang nicht
bestätigen.
Es gibt also genügend Gründe, unseren Kampf fortzusetzen: wir sind bereit!



# Kündigungsandrohung anläßlich des Hungerstreiks auf der "Altona"

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik auf der "Altona" ist es auch zu einer Kündigungsandrohung gegen zwei Sozialarbeiter vom Nachbarschiff "Kalmar" gekommen. Ihnen wurde vorgeworfen, den Hungerstreik angezettelt zu haben. Beweis: sie wurden von den Bütteln des behördlichen Landesbetriebes Pflegen & Wohnen (Betreiber der Schiffe) angeblich dabei beobachtet, wie sie während ihrer Arbeitszeit mit Hungerstreikenden redeten, die sich vor dem UnterstützerInnenbus versammelt hatten, und wie sie sich in diesem Bus für eine kurze Zeit aufgehalten hätten. Da die Behörde frechweg behauptete (und noch behauptet), daß der Streik von aussen gelenkt und initiert wurde und sich die Streikleitung in dem Bus aufhalte, waren die beiden Sozialarbeiter schnell zur Streikleitung zugehörig erklärt (wäre ja auch keine Schande, oder?).
In diesem Zusammenhang kam auch heraus, daß alle Menschen, die während des Streiks den Bus betraten, vom Wachpersonal fotografiert worden waren.
Auf der Senator-Besprechung bei Ortwin Rundeam Morgen des 15. 12. 93 (letzter Amtstag dieses Herrn) wurde neben diesen Falschmeldungen von Nausch aus der Leitung von Pflegen & Wohnen auch noch berichtet, daß die beiden auf der "Altona" arbeitenden SozialarbeiterInnen in einem "vertraulichen" Gespräch ihre Kollegen von der Kalmar denunziert hätten. Das hochrangige Gremium geriet in helle Aufregung: wenn der Senator Runde schon nicht mit einem gewalttätigen Bulleneinsatz den Hungerstreik beenden wollte - macht sich schlecht als letzte Amtstat - so sollten denn doch wenigstens die erreichbaren UnterstützerInnen einen Denkzettel bekommen. Er ordnete eine scharfe Untersuchung an mit der möglichen Konsequenz einer fristlosen Kündigung und eventuellem Austausch der gesamten SozialarbeiterInnen-Crew auf den Schiffen.

Nach zwei Tagen war der Spuk vorbei: alle Vorwürfe inklusive dem des Denunziantentums erwiesen sich als haltlos, die Lügenkocher aber waren nicht einmal gewillt, sich zu entschuldigen.



**Werde Mitglied im Flora Förderverein!**

Erklärung zur Fördermitgliedschaft

Hiermit erkläre ich mich bereit, dem Verein Flora e.V. für seine gemeinnützigen Zwecke einen regelmäßigen Förderbetrag zu zahlen.

Mein Förderbeitrag beträgt DM . . . . monatlich (zum 15.).

Die Fördermitgliedschaft ist jederzeit kündbar.

Name . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Anschrift . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Tel. (freiwillig) . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Zahlungsweise: O Dauerauftrag O Einzugsermächtigung

O Ich möchte jedes halbe Jahr den Rote Flora Rundbrief für Fördermitglieder bekommen

O Ich möchte eine Spendenbescheinigung (bitte nur wenn unbedingt nötig)

Zahlungsempfänger:
Verein Flora e.V.
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Konto:
Flora e.V.
Kontonr. 12207608
BLZ 201 900 03
Hamburger Bank von 1861

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Verein Flora e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen für Förderbeiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kontonr. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Konto Inhaber/in . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

bei (Geldinstitut) . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Bankleitzahl . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

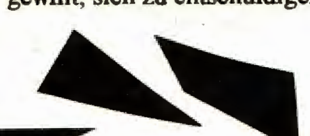
mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .
Name

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .
Anschrift

. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .
Ort, Datum, Unterschrift



**He La-Hopp - wir kommen**
**"Nimm 2" nimmt sich die Häuser**
**Achtet auf die Laue-Häuser in der Schanzenstr.**

**Im Zeck-Ordner sind diesmal zwei wegweisende Artikel zur Hafenstraße, zum einen aus Hinz & Kunzt "Ein bischen Monster sind wir noch", und ein fünfseitiges Papier aus der autonomen Frauenzeitung Brigitte.**

# Abschiebeknast in Norderstedt

**Im August 93 beschloß die Hamburger Justizbehörde, auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Glasmoor (Norderstedt) einen Abschiebeknast zu errichten. Im Februar 94 wird dieser in Bertrieb genommen.**

Die Vollzugsanstalt Glasmoor liegt am Rande des Norderstedter Stadtteils Glashütte, weitestgehend ohne Anbindung an die Stadt Norderstedt. Neben den Gebäuden der Anstalt entsteht ein von einem vier Meter hohen Zaun "gesichertes" Areal, auf dem demnächst 84 Abschiebehäftlinge in engen Containern mit vergitterten Fenstern jeweils zu sechst in einer Zelle bis zu ihrer Abschiebung festgehalten werden sollen.

Die Bewachung des Abschiebeknastes wird aus 13 Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes und 14 Mitarbeitern eines privaten Sicherheitsdienstes bestehen. Zusätzlich bedeutet die direkte Nachbarschaft zur Justizvollzugsanstalt einen höheren Sicherheitsstandard.

Der Standard ist im Sinne der herrschenden Flüchtlingspolitik günstig gewählt: Die Verkehrsanbindung an den Flughafen Fuhlsbüttel ist sehr gut, so daß eine reibungslose, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkte Abfertigung der Abschiebungen gewährleistet sein wird.

Andererseits ist das Gelände so abgelegen (keine öffentlichen Verkehrsmittel), daß nur wenige BesucherInnen für die dort eingesperrten Flüchtlinge zu erwarten sind.

Nach Aussage der ehemaligen Hamburger Justizsenatorin Peschel-Gutzeit ist ein Abschiebegefängnis Glasmoor notwendig geworden, um "den Wanderungsbewegungen, die unsere Gefängnisse füllen" gerecht zu werden. Die bestehenden Knäste, wie zum Beispiel am Holstenglacis und "Santa Fu" sind bereits mit Gefangenen und Abschiebehäftlingen völlig überfüllt, Mehrfachbelegungen von Einzelzellen inzwischen an der Tagesordnung.

**Abschiebeknast - was heißt das?**

Seit der drastisch Einschränkung des Asylrechtes ist die Zahl der Abschiebehäftlinge sprunghaft angestiegen. Abschiebeknäste sind mittlerweile in allen Bundesländern errichtet worden bzw. in Planung. Alleine im Bundesland NRW befinden sich derzeit 1000 Flüchtlinge in Abschiebehaft - Tendenz steigend.

Wird die Abschiebehaft angeordnet, bedeutet das für die Betroffenen: Festnahme durch die Polizei, Verbringung in Handschellen in dafür vorgesehene Knäste. Die Betroffenen sind in der Regel ohne finanzielle Mittel und ohne Kenntnis ihrer Rechte und Möglichkeiten, wissen weder, warum sie plötzlich eingesperrt wurden, noch wie lange ihre Haft dauern wird. Hierzu kommt häufig noch die Ungewißheit über den Verbleib der Angehörigen.

Denn oft werden Familien zwar zusammen verhaftet, aber dann in verschiedenen Knästen untergebracht; das Auseinanderreißen von Paaren, die Trennung der Eltern von ihren Kindern gehört zum Alltag der Abschiebehaft. Im besten Fall trifft sich die Familie dann an der Abschieberampe im Flughafen wieder.

Der Aufenthalt im Abschiebeknast Glasmoor soll nach den Planungen des Hamburger Senats 4 - 5 Wochen (in geschlossenem Vollzug mit wöchentlich einer Stunde Besuch) dauern.

Tag für Tag ihre Abschiebung vor Augen, leben die Betroffenen so unter einem permanenten Druck, in ihre Heimatländer abgeschoben zu werden, wo sie dann ohne Chance auf eine materielle Perspektive an den Ausgangspunkt ihrer Flucht zurückgeworfen werden oder sogar mit Knast, Folter oder Tod rechnen müssen. Um dieser Sizuataion ein Ende zu bereiten, greifen nicht wenige Flüchtlinge zum Mittel des Selbstmordes. Bekannt werden solche Fälle nur selten, so nahm sich zuletzt Ende Oktober 93 ein Flüchtling in der JVA Trier das Leben. Allein im Abschiebeknast Gütersloh gab es zwischen März und Juli 93 sieben Selbstmordversuche.

**Widerstand der Flüchtlinge**

Es kommt aber auch zu Zellenverbarrikadierungen, Hungerstreiks, Fluchtversuchen und anderen Widerstandshandlungen von Flüchtlingen in Abschiebehaft. Fast ein Dutzend solcher Aktionen gab es im Verlauf nur eines Jahres im sogenannten "Hafthaus Herne". Darunter zwei große Gefangenenaufstände, an denen sich über alle Sprachschwierigkeiten hinweg sämtliche InsassInnen des Abschiebeknastes beteiligten, und ein kollektiver Ausbruch von sieben Männern aus Algerien, Marokko und Rumänien gtelang. In dem selben Knast gab es im Mai 93 einen Hungerstreik einiger Gefangener, der jedoch von Gefängniswärtern und Polizisten niedergeprügelt wurde. Die Flüchtlinge mußten mit Platzwunden ärztlich behandelt werden.

Am 30.1.94 gab es eine Aktion antifaschistischer und antirassistischer Gruppen aus Norderstedt und Hamburg gegen das Abschiebegefängnis Glasmoor. Den ursprünglichen Plan, das Gelände des zukünftigen Gefängnisses zu besetzen, konnten die etwa 80 AktionsteilnehmerInnen nicht umsetzen, da die Bullen vorher davon mitbekommen hatten. So war der Zugang zum Gelände mit Bullenketten versperrt. Es wurden Transpis entrollt, Parolen gerufen und eine Presserklärung verlesen, so daß zumindest im Ansatz eine Öffentlichkeit hergestellt wurde.

**Aus der Presserklärung:**

"... Unsere Aktion heute verstehen wir als ein Zeichen. Wir wollen es nicht zulassen, daß diese Art von Gefängnissen und das, was in ihnen geschieht, unbemerkt von der Öffentlichkeit Teil des politischen Alltags in der BRD werden. Wir wissen, daß die Betreiber dieses Baus und alle politischen Nutznießer darauf spekulieren, Abschiebeknäste durchzusetzen, ohne daß es zu nennenswertem Widerstand von Seiten der Bevölkerung oder Medien dagegen käme. Unsere heutige Aktion ist ein Schritt gegen das Schweigen, leider ein viel zu kleiner Schritt.

**Weg mit dem Abschiebeknast Glasmoor und allen anderen Abschiebegefängnissen!**
**Schluß mit den Abschiebungen!**
**Offene Grenzen - Bleiberecht für Alle!"**

Die beiden folgenden Abschnitte haben wir Artikeln der türkischen Zeitungen "Milliyet" und "Hürriyet" entnommen. Beide Zeitungen gehören dem bürgerlich-liberalen Spektrum an und glänzen im Allgemeinen nicht unbedingt durch besonders kritische Berichterstattung. Dennoch enthalten diese Artikel einige interessante Infos, die in der deutschen Presse verschwiegen wurden.

Aus der Milliyet vom 30.11.1993

## Die Akten, die die Operation auslösten

Es wurde festgestellt, daß der Beschluß bezüglich des Verbots der PKK und der Operation gegen sie unmittelbar nach der Reise von Ministerpräsidentin Tansu Chiller nach Deutschland getroffen wurde.

Nach vorliegenden Informationen wurde nach ihren Gesprächen mit Kanzler Helmut Kohl Anfang September (Zeitangabe kann nicht stimmen, da der Besuch am 20.9. stattfand, der Übersetzer) eine türkische Sicherheitsdelegation nach Deutschland geschickt. Nach viertägigen Verhandlungen erläuterte die türkische Delegation der deutschen Delegation, die sich aus dem Bundeskriminalamt, dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst zusammensetzte, wie die PKK das Land als Stützpunkt nutzt. Die deutsche Seite bat anschließend um die Erarbeitung und Überlassung einer Akte. Nach unseren Quellen wurde unmittelbar nach der Rückkehr der Delegation nach Ankara eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Generaldirektion für Innere Sicherheit, des Außenministeriums und des MIT gebildet. Innerhalb von zwei Monaten bereitete diese Arbeitsgruppe eine Akte aus sechs Stehordnern vor, die die Sympathisanten und Aktivisten sowie die Vereine, die der Organisation Unterschlupf gewähren enthält. Diese Akte soll die Personalien von etwa 400 Personen mit Ihren Fotos und Aktivitäten für die Organisation und die Aktivitäten von fast 100 Vereinen umfassen.

Letzten Sonntag wurde sie von einem Beamten des Außenministeriums nach Deutschland gebracht und den deutschen Behörden übergeben.

Verbotssignal - Nach Übergabe der Akte nahmen die deutschen Behörden einerseits durch direkten Kurier Kontakt zu Ministerpräsidentin Tansu Chiller, andererseits zur Generaldirektion für Innere Sicherheit auf. Der Kurier kam an Mittwoch nach Ankara, um die Nachricht von dem am Freitag bevorstehenden Verbot der PKK zu überbringen.

Aus der Hürriyet vom 11.12.93

## PKK-Bericht aus Deutschland an die Türkei

Deutschland setzt die Zusammenarbeit mit der Türkei bezüglich der PKK fort. Deutschlands Botschafter in Ankara, Jürgen Oesterheld machte einen Überraschungsbesuch beim Innenministerium und gab detaillierte Informationen über die Operationen gegen die PKK in seinem Land. Die deutsche Delegation unter der Führung von Oesterheld legte dem Innenminister Nahit Mentese einen "Bericht" über die Ereignisse nach dem Verbot der PKK und einiger anderer legaler Organisationen vor. In dem einstündigen Gespräch wurden auch Informationen über die Bankkonten der PKK und ihre Unternehmungen gegeben. Mentese hielt anschließend ein Treffen mit den Kommandanten der Jandarmerie ab und leitete die nachrichtendienstlichen Informationen weiter.



# Tierra y Libertad!

**"... Wir wollen mehr als nur die Regierung wechseln. Unser Krieg hat zum Ziel, den Kapitalismus auszulöschen und den Sozialismus einzuführen, wie es auch in vielen anderen Ländern gemacht wurde."** *(ein Guerillaführer in Chiapas)* [1]

Am 1.1.1994, zeitgleich mit dem Inkrafttreten des imperialistischen Projektes NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko, begann in Chiapas, dem südlichsten und ärmsten Bundesstaat von Mexiko ein bewaffneter Aufstand - gegen die unerträgliche soziale und politische Situation der marginalisierten und unterdrückten Indigenas und Campesinos.
Die kämpfende Guerilla nennt sich EZLN - Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung), nach Emiliano Zapata, dem wohl bekanntesten und landesweit verehrten Campesinoführer der mexikanischen Revolution (1910-1917)
Nach den Besetzungen einiger Städte Chiapas' (wie z.B. Ocosingo, Las Margaritas, Altamirano, Chanal und San Cristobal, die teilweise mehrere Tage in den Händen der EZLN waren) durch die ZapatistInnen in den ersten Tagen des Aufstandes, haben sich die KämpferInnen angesichts der Übermacht der mexikanischen Armee in die Berge und in den Urwald zurückgezogen.
Auch wenn die Kämpfe derzeit abgeflaut sind, wenn man den jüngsten Berichten glauben schenkt, ist der Aufstand nicht zuende, solange die Forderungen der EZLN nach sozialen und politischen Veränderungen nicht erfüllt sind.
Die Besetzungen mehrerer Städte am Neujahrstag zeigten mit der Zerstörung der Rathäuser, Justizgebäude, den Umverteilungsaktionen, sowie der Befreiung von 180 Gefangenen aus einem Knast bei San Cristobal den sozialrevolutionären Charakter des Aufstandes auf.
Mit dem Einmarsch von 15 000 Soldaten der mexikanischen Armee setzte brutaler Terror in Chiapas ein: Bombardierungen von Dörfern, Folterungen, willkürliche Erschießungen ziviler Gefangener und Hinrichtungen gefangener Soldaten der EZLN. Die Berichte über Menschenrechtsverletzungen der Besatzerarmee reißen nicht ab.




### Die Lage in Chiapas

Chiapas gilt als der 'mittelamerikanische Staat' Mexikos. Die Mehrheit der Bevölkerung sind Indigenas; im Gegensatz zu der Mehrheit der MestizInnen im restlichen Mexiko. Die Landbevölkerung ist ebenso wie jene in El Salvador oder Guatemala von der ungerechten Landverteilung betroffen: Das Land und die Macht liegen in den Händen der wenigen Großgrundbesitzer, während die große Mehrheit lediglich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft notdürftig überleben kann. Der Minimallohn wird ihnen genausowenig bezahlt, wie gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen. Jährlich sollen Hunger und Gewalt 15 000 Todesopfer fordern, bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 3 Millionen Menschen. Die Errungenschaften der mexikanischen Revolution sind hier nie verwirklicht worden, die Agrarreform hat nichts an den Machtverhältnissen in Chiapas geändert. Die Errungenschaften auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Bildung stoppten vor der kulturellen Grenze zwischen mexikanischen Mestizen und Indigenas [2].

### "Freiheit statt Nafta!"

Die USA, Canada und Mexiko errichteten mit dem am 1.Januar in Kraft getretenen nordamerikanischen Freihandelsabkommen den größten geschlossenen Markt als ein Konkurrenzprojekt zur EG.
Für die verarmten KleinbäuerInnen nicht nur in Chiapas, sondern in ganz Mexiko verschlechtern sich nochmal die Existenzbedingungen. Die mexikanische Regierung setzt auf die Agrarindustrie, statt die Subsistenzwirtschaft der Campesinos zu unterstützen. Nur durch eine Erhöhung der Produktivität im Agrarbereich durch Privatisierungen und Förderung großer Agroindustrieller Komplexe kann Mexikos Landwirtschaft in der amerikanischen Freihandelszone konkurrenzfähig werden.



# Tierra y Libertad!

**"... Wir wollen mehr als nur die Regierung wechseln. Unser Krieg hat zum Ziel, den Kapitalismus auszulöschen und den Sozialismus einzuführen, wie es auch in vielen anderen Ländern gemacht wurde."** *(ein Guerillaführer in Chiapas)* [1]

Am 1.1.1994, zeitgleich mit dem Inkrafttreten des imperialistischen Projektes NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko, begann in Chiapas, dem südlichsten und ärmsten Bundesstaat von Mexiko ein bewaffneter Aufstand - gegen die unerträgliche soziale und politische Situation der marginalisierten und unterdrückten Indigenas und Campesinos.
Die kämpfende Guerilla nennt sich EZLN - Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung), nach Emiliano Zapata, dem wohl bekanntesten und landesweit verehrten Campesinoführer der mexikanischen Revolution (1910-1917)
Nach den Besetzungen einiger Städte Chiapas' (wie z.B. Ocosingo, Las Margaritas, Altamirano, Chanal und San Cristobal, die teilweise mehrere Tage in den Händen der EZLN waren) durch die ZapatistInnen in den ersten Tagen des Aufstandes, haben sich die KämpferInnen angesichts der Übermacht der mexikanischen Armee in die Berge und in den Urwald zurückgezogen.
Auch wenn die Kämpfe derzeit abgeflaut sind, wenn man den jüngsten Berichten glauben schenkt, ist der Aufstand nicht zuende, solange die Forderungen der EZLN nach sozialen und politischen Veränderungen nicht erfüllt sind.
Die Besetzungen mehrerer Städte am Neujahrstag zeigten mit der Zerstörung der Rathäuser, Justizgebäude, den Umverteilungsaktionen, sowie der Befreiung von 180 Gefangenen aus einem Knast bei San Cristobal den sozialrevolutionären Charakter des Aufstandes auf.
Mit dem Einmarsch von 15 000 Soldaten der mexikanischen Armee setzte brutaler Terror in Chiapas ein: Bombardierungen von Dörfern, Folterungen, willkürliche Erschießungen ziviler Gefangener und Hinrichtungen gefangener Soldaten der EZLN. Die Berichte über Menschenrechtsverletzungen der Besatzerarmee reißen nicht ab.




### Die Lage in Chiapas

Chiapas gilt als der 'mittelamerikanische Staat' Mexikos. Die Mehrheit der Bevölkerung sind Indigenas; im Gegensatz zu der Mehrheit der MestizInnen im restlichen Mexiko. Die Landbevölkerung ist ebenso wie jene in El Salvador oder Guatemala von der ungerechten Landverteilung betroffen: Das Land und die Macht liegen in den Händen der wenigen Großgrundbesitzer, während die große Mehrheit lediglich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft notdürftig überleben kann. Der Minimallohn wird ihnen genausowenig bezahlt, wie gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen. Jährlich sollen Hunger und Gewalt 15 000 Todesopfer fordern, bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 3 Millionen Menschen. Die Errungenschaften der mexikanischen Revolution sind hier nie verwirklicht worden, die Agrarreform hat nichts an den Machtverhältnissen in Chiapas geändert. Die Errungenschaften auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Bildung stoppten vor der kulturellen Grenze zwischen mexikanischen Mestizen und Indigenas [2].

### "Freiheit statt Nafta!"

Die USA, Canada und Mexiko errichteten mit dem am 1.Januar in Kraft getretenen nordamerikanischen Freihandelsabkommen den größten geschlossenen Markt als ein Konkurrenzprojekt zur EG.
Für die verarmten KleinbäuerInnen nicht nur in Chiapas, sondern in ganz Mexiko verschlechtern sich nochmal die Existenzbedingungen. Die mexikanische Regierung setzt auf die Agrarindustrie, statt die Subsistenzwirtschaft der Campesinos zu unterstützen. Nur durch eine Erhöhung der Produktivität im Agrarbereich durch Privatisierungen und Förderung großer Agroindustrieller Komplexe kann Mexikos Landwirtschaft in der amerikanischen Freihandelszone konkurrenzfähig werden.






# Erklärung der EZLN

**Heute haben wir gesagt: Basta!**

An das Volk von Mexico, mexikanische Brüder und Schwestern!

Wir sind das Produkt von 500 Jahre langen Kämpfen:
-Zuerst gegen die Sklaverei im Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien, von den Aufständischen angeführt;
-danach, um die Einverleibung durch den nordamerikanischen Expansionismus zu verhindern;
-alsbald, um unsere Verfassung auszurufen und das französische Imperium von unserem Boden zu verjagen;
-im Anschluß verweigerte uns die porfiristische Diktatur (1) die gerechte Anwendung der Reformgesetze (2) und das Volk rebellierte, und stellte seine eigenen Führer auf. Es traten Villa und Zapata hervor, die arme Menschen waren wie wir, denen sie, wie uns, die elementarste Ausbildung verweigerten, um sie so wie uns, als Kanonenfutter zu verwenden und die Reichtümer unserer Heimat ausplündern zu können. Dabei interessiert sie es nicht, wenn wir am Hunger sterben oder an Krankheiten, die eigentlich zu heilen sind, wenn wir nichts haben, absolut garnichts, weder eine menschenwürdige Behausung, noch Land, noch Arbeit, noch Gesundheit, noch Ernährung, noch Erziehung oder das Recht frei und demokratisch unsere VertreterInnen zu wählen in Frieden und Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder und ohne Abhängigkeit von ausländischen Mächten (3).

Aber heute sagen wir: Basta!

Wir sind die Erben der wirklichen Schmiede unserer Nationalität, die Besitzlosen. Wir sind Millionen und rufen alle unsere Brüder und Schwestern auf, sich diesem Aufruf anzuschließen, als einzigem Weg, nicht vor Hunger zu sterben, angesichts der unersättlichen Herrschsucht einer mehr als 70-jährigen Diktatur, die von einer Verräterclique angeführt wird, die die konservativsten Kreise repräsentieren und bereit sind unsere Heimat zu verkaufen.
Es sind dieselben, welche sich Hidalgo und Morelos (4) entgegenstellten, die Vicente Guerroro (5) verrieten.
Es sind dieselben,
-die mehr als die Hälfte unseres Territoriums an den ausländischen Eindringling verschleuderten (6).
-die einen europäischen Fürsten herbrachten, um uns zu regieren (7).
-die die Diktatur der porfiristischen Technokraten bildeten.
-die sich der Enteignung der Erdölgesellschaften wiedersetzten (8).
-die die Eisenbahnarbeiter 1958 und die Studenten 1968 massakrierten.

Es sind dieselben, die uns heute alles wegnehmen, absolut alles.

Um dies zu verhindern und als unsere letzte Hoffnung, nachdem wir alles versucht haben, halten wir uns an unsere Magna Carta, unsere Verfassung. Insbesondere bestehen wir auf die Anwendung des Verfassungsartikels 39, der wörtlich lautet: *"Die nationale Souveränität ist wesentlich und ursprünglich im Volk begründet. Alle Staatsgewalt entspringt vom Volke und wird zu seinem Wohlergehen errichtet. Das Volk hat zu jeder Zeit das unveräußerliche Recht, die Form seiner Regierung zu wechseln oder zu ändern."*

Daher, in Verbundenheit mit unserer Verfassung, geben wir die folgende Kriegserklärung ab:

Gegenüber der mexikanischen Bundesarmee, als Hauptstütze der von uns zu erleidenen Diktatur. Diese wird von der herrschenden Partei monopolisiert und von der Zentralregierung angeführt. Die Zentralregierung ist heute zu Unrecht in der Hand ihres höchsten und illegitimen Führers: Carlos Salinas de Gottari.

In Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung fordern wir von den anderen Gewalten der Nation, daß sie sich darüber verständigen, die Legalität und die Stabilität der Nation wieder herzustellen, in dem sie den Diktator absetzen.

Ebenso fordern wir die internationalen Zusammenschlüsse und das Internationale Rote Kreuz auf, daß sie die Kampfhandlungen überwachen und regeln, die unsere Einheiten führen, wobei sie die Zivilbevölkerung schützen. Wir erklären für jetzt und für die Zukunft, daß die EZLN als kriegsführende Streitmacht unseres Befreiungskampfes aufgestellt wird. Unsere Kämpfe fallen somit unter die in der Genfer Konvention festgelegten Kriegsgesetze. Wir haben das mexikanische Volk auf unserer Seite, haben ein Vaterland und die Trikolore wird von den aufständischen KämpferInnen geliebt und respektiert. Wir verwenden die Farben rot und schwarz in unserer Uniform, Symbole des ArbeiterInnenvolkes in seinen Streikkämpfen. Unsere Fahne trägt die Buchstaben "EZLN", Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) (9) und mit ihr werden wir immer in die Gefechte ziehen.



Wir weisen von vorn herein jedweden Versuch zurück, die gerechte Sache unseres Kampfes zu verdrehen, indem sie des Rauschgifthandels, des Banditentums oder anderer Bezeichnungen, die unsere Feinde benutzen könnten, bezichtigt wird. Wir führen unseren Kampf in Verbundenheit mit dem Verfassungsrecht und unter dem Banner von Gerechtigkeit und Gleichheit.

In diesem Sinn und in Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung geben wir den militärischen Verbänden des Ejército Zapatista de Liberación Nacional die folgenden Befehle:

1. Bis zur Hauptstadt des Landes vorzurücken und dabei die mexikanische Bundesarmee zu besiegen. Bei dem befreienden Vormarsch die Zivilbevölkerung zu schützen und den befreiten Völkern zu erlauben, durch freie und demokratische Wahlen ihre öffentlichen Verwaltungsämter zu besetzen.

2. Das Leben der Gefangenen zu respektieren und die Verwundeten dem Internationalen Roten Kreuz zu übergeben.

3. Gegen diejenigen Soldaten der mexikanischen Bundesarmee und der politischen Polizei, die vom Ausland geschult, beraten oder bezahlt wurden, ein Kriegsgerichtsverfahren einzuleiten und sie des Landesverrates anzuklagen, ebenso wie gegen all diejenigen, welche die Zivilbevölkerung unterdrücken und mißhandeln oder die Güter des Volkes angreifen.

4. Mit all den MexikanerInnen, die zu erkennen geben, daß sie sich unserem gerechten Kampf anschließen, neue Verbände/Einheiten zu bilden, einschließlich derjenigen feindlichen Soldaten, die sich unseren Kräften kampflos ergeben und schwören, den Befehlen der Comandancia General der EZLN folge zu leisten.

5. Die bedingungslose Übergabe der feindlichen Standquartiere vor Beginn der Gefechte zu verlangen.

6. In den von der EZLN kontrollierten Gebieten die Ausplünderung unserer natürlichen Reichtümer einzustellen.

Volk von Mexico! Wir, integre und freie Männer und Frauen, sind uns bewußt, daß der Krieg, den wir erklären, ein letztes, aber gerechtes Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren einen nicht erklärten, genoziden Krieg gegen unsere Völker (10), weshalb wir dich um deine entschiedene Beteiligung ersuchen, indem du diesen Plan des mexikanischen Volkes unterstützt, das für Arbeit, Land, Behausung, Nahrung, Gesundheit, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden kämpft. Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden zu kämpfen bis wir, eine Regierung unseres freien und demokratischen Landes bildend, die Erfüllung dieser grundlegenden Forderungen unseres Volkes erreicht haben.

Tritt ein in die aufständischen Kräfte des Ejército Zapatista de Liberación Nacional!

*Generalkommandantur der EZLN im Jahr 1993*

*Anmerkungen:*

*(1) Unter Porfirio Diaz, der durch die Revolution abgesetzt wurde. Heutige politische Kommentaristen betonen die weitgehenden Parallelen, die es zwischen der Politik Diaz' und der des derzeitigen Präsidenten Salinas de Gotari gibt. Letzterer ist auch der Erste, der es seit der Revolution gewagt hat, eine aus dem Kampf gegen Diaz stammende Verfassungsregelung in Frage zu stellen: das Verbot der Wiederwahl für Präsidialämter der Republik und der Bundesstaaten.*

*(2) Die aus der Unabhängigkeitsbewegung 1810 bis 1824 stammen.*

*(3) Mit 'los extranjeros' ist hier wie auch später offensichtlich der Einfluß verschiedener ausländischer Regierungen und Konzerne sowie internationaler Institutionen, z.B. Weltbank, auf konkrete und detaillierte Entscheidungen der mexikanischen Behörden gemeint. Die in Chiapas sich aufhaltenden AusländerInnen (z.B. guatemaltekische Flüchtlinge und Touristen) haben bisher nicht die geringste Aggression, werder verbal noch tätlich, durch die Aufständischen zu spüren bekommen. Diese halten sich in ihren Aktionen lieber an die Verantwortlichen ihrer Misere.*

*(4) Sozialrevolutionäre der Unabhängigkeitsbewegung 1810 - 1824 (s. Note 5).*

*(5) Mit Morelos (s.o.) militärischer Leiter der Fuerzas Populares Radicales in der Unabhängigkeitsbewegung, die eine radikal-jakobinische Ausrichtung hatten. 1829 Präsident Mexikos, schaffte die Sklaverei auf gesetzlicher Ebene endgültig ab, wurde 1830 abgesetzt und später ermordet.*

*(6) Im Jahre 1848 unterzeichnete die mexikanische Regierung einen endgültigen Vertrag, der die zuvor mit militärischen Mitteln verwirklichte schrittweise Verkleinerung Mexikos um mehr als die Hälfte seines Territoriums zugunsten der USA ratifizierte. Für einen Teil des Territoriums wurde eine von den USA festgelegte Summe an die Regierung Mexikos bezahlt.*

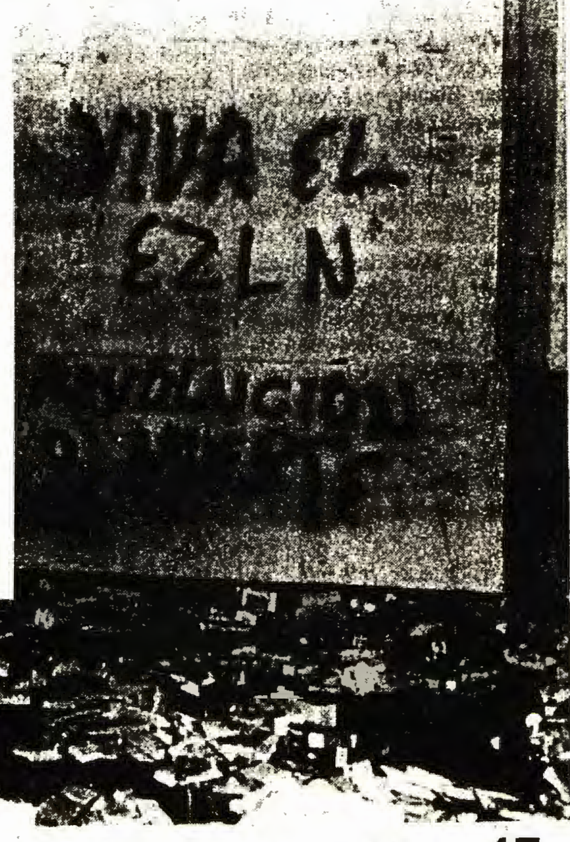
*(7) Maximilian III von Habsburg, der 1864 von Napoleon III als Kaiser von Mexiko eingesetzt wurde und 1867 durch die republikanischen Truppen der Liberalen unter Juárez abgesetzt wurde.*

*(8) 1938, unter dem damaligen progressiven Staatspräsidenten, General Lázaro Cárdenas.*

*(9) Emiliano Zapata: Bekanntester Revolutionär der Campesinoverbände in der mexikanischen Revolution ab 1910. In seinem Herkunftsstaat Morelos wird er bis heute verehrt, sein Bild und Name bei vielen der dort in den letzten Monaten vermehrt stattfindenen kleinen spontanen Aufständen ebenso gebraucht. wie von politischen Organisationen der linken Opposition. In Jonacatepec, wo der letzte dieser Aufstände vor drei Monaten stattfand, treffen sich am kommenden Wochenende (8./9.1.94) verschiedene zapatistische Organisationen, um ihre Position zum Aufstand in Chiapas zu bestimmen.*

*(10) Das spanische Wort 'Pueblo' könnte auch wiedergegeben werden mit: 'Nation, gemeines Volk, Ortschaft, Ort, Dorf, die kleinen Leute', es meint im Spanischen, insbesondere aber in dieser Erklärung, mehr eine konkrete, zusammenlebende Menschengruppe, als eine abstrakte Vorstellung von 'Volk', wie sie zum Beispiel in der BRD in Gesetzgebung und Alltagsverstand vorherrscht.*

**Quellen**: [1] zitiert nach AK 262, aus einem Interview, das die indianische Presseagentur AIPIN verbreitete, [2] nach Internationalismusarchiv do, [3] nach Taz v. 18.1.94 u.a.; weitere Informationen aus Interim, Taz, u.a.



## Eimsbüttel ohne Wagenburg - ist wie ein Himmel ohne Sterne

Schon seit langer langer Zeit gibt es Menschen die in Wagen leben und mit denen sie umherziehen ...
So fanden sich auch vor ca. 2 Jahren Leute zusammen, die das Bedürfnis hatten, eine Alternative zum "alltäglichen" Wohnungsleben bzw. eine Möglichkeit das Miteinanderlebens zu finden.
Doch daß dies nicht so einfach ist, sollte sich bald herausstellen. Da diese Lebensform (sei es aus Wohnungsnot, Obdachlosigkeit oder Lust auf ein "selbstbestimmtes Leben") von Seiten des Staates nicht anerkannt wird, kam es sehr schnell zu Konfrontationen mit dem Gesetz. Dazu eine kurze Chronologie der Wagenburg Henriette:
1.2.92 Besetzung der Henriettenstraße - 3.2. Räumung.
30.5 Besetzung eines Teils der Freifläche Gauß/Bahrenfelder Str. - 2.6. Räumung durch das Liegenschaftsamt Altona ohne jegliche Gesprächsbereitschaft.
Danach ziehen alle Wagen auf die Zeisewiese (wo bereits eine Wagenburg existierte, die uns vorläufig mitwohnen ließ).
12.7. erneute Besetzung des Grundstücks Gauß/Bahrenfelder Str. - 15.7. erneute Räumung.
Daraus folgte, daß wir mit unseren Wagen in den Altonaer Rathauspark zogen (bis 17.7.).
Am 17.7. ging es zurück auf die Wagenburg Zeisewiese.
Nun stehen wir (12 Menschen, 2 Hunde, 2 Katzen und 2 Enten) seit November 1992 auf dem Eckgrundstück Eimsbüttler Chaussee-Waterloostraße. In diesem Jahr, wo wir nicht permanent Angst vor einer Räumung haben mußten, hatten wir endlich die Gelegenheit, unser Leben freier zu gestalten und Möglichkeiten des Zusammenlebens nach unseren Vorstellungen und Träumen zu entdecken, bzw. zu entwickeln.
Das Leben im Bauwagen bedeutet für uns in erster Linie, daß wir ein Zuhause haben, daß wir uns unserer Verantwortung gegenüber der Natur wieder bewußt werden (einen "besseren" Umgang mit der Tier- und Pflanzenwelt finden) und unseren eigenen Umgang mit den natürlichen Ressourcen (Wasser, Holz, Baumaterial, ...) immer wieder überdenken;
aber auch, daß wir "Widerstand" gegen die uns vorgeschriebene Gesellschaftsstruktur in diesem Staat leisten. Gerade jetzt, wo immer mehr Sozialleistungen gekürzt werden, bzw. ein stetiger Sozialabbau stattfindet, wo die Obdach- und Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag ansteigen, wo sich momentan Rassismus und Faschismus zunehmend ausbreiten, wo auch die letzten besetzten Häuserprojekte geräumt werden, ist es an der Zeit, nach Perspektiven zu suchen, um diesen Strukturen entgegenwirken zu können.




Natürlich ist es für uns oft auch nicht leicht, ein Nebeneinanderherleben zu vermeiden, uns mit unseren zwischenmenschlichen Problemen auseinanderzusetzen, unser Leben kreativ nach unseren Vorstellungen, Träumen und Idealen zu gestalten.
Doch wenn uns keine Freiräume bzw. Lebensräume gestattet werden, dann werden wir auch niemals lernen, uns von unseren eigenen Schwächen und Wiedersprüchen zu befreien und ein Zusammenleben, das aus Rücksichtnahme, Liebe, Kreativität, usw. besteht, zu erreichen.
Vor einiger Zeit haben wir erfahren, daß auf unserem Platz demnächst gebaut werden soll.
Wieder einmal wird unsere Existenz bedroht, wieder einmal hüllen sich die Behörden in stetiges Schweigen, ohne uns jegliche Information über das Bauvorhaben zu vermitteln oder uns gar einen Ausweichplatz anzubieten.
Für uns bedeutet das, daß wir von einer Räumung bedroht sind und unsere Ideen einer anderen Lebensform nicht anerkannt werden, daß Wagenplätze mit den darauflebenden Menschen kriminalisiert und wir somit in die Obdachlosigkeit gedrängt werden.

*Den reißenden Strom nennen sie gewalttätig, nicht aber das Flußbett, das ihn einengt.*

**Wir fordern:**
**-die Aufhebung des Wagengesetzes!**
**-Anerkennung und Akzeptanz aller Wagenburgen!**
**-Keine Vertreibung von diesem Platz ohne einen angemessenen Austauschplatz!**
**-Keine Bebauung der letzten städtischen Freiflächen!**

Wagenburg Henriette

## Die Ereignisse in Mannheim in der Nacht vom 15.-16.1.94

Am 15.1.94 fand ein Solikonzert für die Prozeßkosten der Hausbesetzung des Laurentiusblocks in der mannheimer Neckarstadt statt. Kurz vor Ende des Konzerts kam es am Alten Meßplatz zu einer Aktion gegen den bevorstehenden Abriß des Laurentiusblocks (der Block besteht aus mehreren älteren Häusern, die einer Straßenerweiterung weichen sollen). Was während der Aktion genau stattfand, ist nur sehr schwer zu rekonstruieren.
Es wurde ein Feuerwerk abgebrannt, verschiedene Banken, Busse und Haltestellen der Mannheimer Verkehrsbetriebe, Autos und einige Geschäfte entglast, sowie Autoreifen in Brand gesetzt. Nach Bullenangaben beläuft sich der Sachschaden auf ca. 500 000 DM.
Die Bullen, die relativ schnell zur Stelle waren, sperrten die Straßen rund um den Alten Meßplatz ab und fingen wahllos an, auf dem Heimweg befindliche KonzertbesucherInnen abzugreifen. Dabei gingen sie mit äußerster Brutalität vor. Neben den schon 'normalen Knüppeleinsätzen', hetzten sie ihre Hunde auf vermeintliche TäterInnen. Viele der Festgenommenen wurden durch Hundebisse und Schlagstöcke verletzt. Teilweise wurden auch Menschen mit vorgehaltener Waffe verhaftet. Insgesamt gab es 39 Verhaftete und zahlreiche Personalienfeststellungen.
Zu der Aktion selbst ist zu sagen, daß viele kleinere Geschäfte, wie Copy-Shop, Friseur, Gemüseladen und Privatautos (z.B. VW-Käfer) entglast wurden. Dadurch wurde die Aktion für viele Menschen im Stadtteil Neckarstadt nicht mehr nachvollziehbar.
Die 39 Festgenommenen, die aus Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Stuttgart, Heilbronn, Freiburg und Ulm kamen, wurden ohne Ausnahme ED behandelt. Nach etwa 40 Stunden (Montag mittags) wurden alle dem Haftrichter vorgeführt. Durch die kurzfristige Bekanntgabe der Termine war es unmöglich, für eine optimale Verteidigung zu sorgen. So hatten nur ca. 10 Leute einen Anwalt. 8 Leute kamen in Untersuchungshaft, während der Rest am späten Nachmittag freigelassen wurde. Bei einigen der Freigelassenen wurde offener Haftbefehl erteilt, dies bedeutet, daß sich die Betreffenden einmal wöchentlich bei den Bullen melden müssen. Die Begründungen für die Ausstellungen der Haftbefehle sind absolut willkürlich. Es ist klar, daß es der Stadt Mannheim und besonders dem OB Widder jetzt darum geht, ein Exempel zu statuieren.

Am 20.1. sind die 8 Untersuchungshäftlinge freigekommen, teilweise bestehen noch offene Haftbefehle (Meldepflicht).
Ein Spendenkonto für die absehbaren Anwalts- und Prozeßkosten wurde mittlerweile eingerichtet:

M. Figge
"Gefangenenhilfe"
KTO: 2587 17 07
BLZ: 6729 00 00
Volksbank Heidelberg

Zu den Ereignissen veröffentlichten autonome Gruppen eine Stellungnahme:

***"Wir haben selbst mehr Fragen als Antworten"***

In der Nacht vom 15. zum 16. Januar wollten wir mit einem Feuerwerk auf dem alten Meßplatz und der Blockierung des Kreuzungsbereichs ein Zeichen gegen den Abriß des Laurentiusblocks setzen. Das arrogante Verhalten der Stadtoberbonzen und die brutale Räumung des besetzten Hauses durch die Polizei zeigten uns, daß es mit friedlichen Mitteln allein nicht getan ist. Wir haben daher am Samstag auch bewußt eine Konfrontation mit der Polizei in Kauf genommen. Kam es am Anfang noch zu Aktionen, die vertretbar und notwendig waren, wie der Angriff auf die MVG und die Kreditinstitute, die maßgeblich an der Umstrukturierung und der Zerstörung gewachsener Strukturen (in der Neckarstadt) beteiligt sind, so eskalierte die Situation später und es kam zu Aktionen (Zerstörung kleiner Läden und Beschädigung von Privat-PKWs), die wir so nicht mittragen können. Es war keinesfalls unser Ziel, Randale um der Randale willen zu machen und "kleine Leute" anzugreifen, unsere Aktion galt den Abzockern und Bonzen, die uns regieren.
Wir entschuldigen uns hiermit ausdrücklich bei den betroffenen AnwohnerInnen der Neckarstadt, dem VEB Laut & Lästig, dessen Veranstaltung durch uns in Mißkredit kam und bei allen Gruppen, die gegen den Abriß des Laurentiusblocks aktiv sind. Wir hoffen, daß sich die GegnerInnen des Laurentiusblock-Abrisses durch diesen Fehlschlag (im wahrsten Sinne des Wortes) nicht spalten lassen und zum Spielball irgendwelcher Macht- und Geldinteressen werden, sondern weiter aktiv für ihren Stadtteil kämpfen. Für uns ist klar, daß wir nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern unser Verhalten und das Verhalten anderer Leute aufarbeiten werden, um solche Fehler in Zukunft zu vermeiden.
**Trotz allem, Laurentiusblock bleibt!**

*Autonome Gruppen*

*(Quelle: u.a. EA Heidelberg)*



## GIU LE MANI DAL LEONCAVALLO!

*-Pfoten weg vom Leonca-*

Das Centro Sociale Occupato Autogestito Leoncavallo in Milano. 1975 bis heute:

### SA, 18. OKTOBER 1975

Verschiedene Gruppen (u.a. AntifaschistInnen, ArbeiterInnenkomites, Lotta Continua, ...) besetzen nach einer Demo das Centro Sociale Occupato Autogestito Leoncavallo (CSOAL: Selbstbestimmtes besetztes soziales Zentrum Leoncavallo). Die Umgebung der Via Leoncavallo ist ein traditionelles ArbeiterInnenquartier Milanos. Das Centro Sociale spielt darin eine wichtige Rolle als Treffpunkt. 1975-1977 war das CSOAL geprägt durch den Alltag und die Kämpfe von Quartier und ArbeiterInnen.

### 1978-1982 HARTE ZEITEN FÜR DAS LEONCAVALLO

1978 werden Fausto und Jaio, zwei junge Besetzer des Leonca in unmittelbarer Nähe des Zentrums umgebracht. Sie arbeiteten an einem Enthüllungsbuch über den Heroindeal im Quartier. 100 000 Menschen nahmen an den darauffolgenden Demonstrationen teil. Nach dem Doppelmord gründeten sich die *Mamme Antifasciste del Leoncavallo* (Antifaschistische Mütter des Leoncas), die bis heute eine wichtige Rolle spielen. Mit dem Mord an Aldo Moro fing die große Repressionswelle gegen das CSOAL an. Massenverhaftungen, Repression, und die Weigerung verschiedener Gruppen des Zentrums, sich vom bewaffneten Widerstand zu distanzieren, führten zu einer Spaltung innerhalb der Bewegung. Den zersplitterten Gruppen blieben nicht viele Möglichkeiten. Ein Teil schloß sich dem bewaffneten Widerstand an. Einige machten sich auf den langen Marsch durch die Institutionen. Viele zogen sich ins Privatleben zurück. Anderen blieb nur Heroin und Selbstmord.

### NACH 1985

1985 öffnet sich das CSOAL für neue Gruppen. Nach langen, kontroversen und zähen Diskussionen wurde beschlossen, daß die Punks aus dem geräumten *Virus* einen Raum erhalten sollen. Es entseht das *Helter Skelter*, wo verschiedene Bands auftreten. Das Leoncavallo verändert sich: Es entstehen Kino, Theater, Druckerei, Kindergarten, Volksküche, ... Aber auch die alten Gruppen fahren mit ihrer politischen Arbeit fort: die Mamme Antifasciste, Frauenkollektiv, Antirepressionsgruppen, Antifa, Treffpunkte für Extracommunitari (Nicht-ItalienerInnen), ...

### 16. AUGUST 1989 ERSTE RÄUMUNG!

Der Besitzer der Liegenschaft läßt das Leoncavallo räumen und einen Großteil der Gebäude zerstören - ohne Abrißbewilligung. Die BesetzerInnen leisteten erbitterten Widerstand gegen ein übergroßes Polizeiaufgebot, Hubschrauber, ... 26 Leute wurden festgenommen, ihnen wurde später allen der Prozess gemacht (viele kriegten Knast, oder Knast auf Bewährung). Die Polizei ließ das halbabgerissene Leonca bewachen.

Die Stadt schlug verschiedene Alternativstandorte vor, welche die BesetzerInnen des CSOAL aber alle zurückwiesen, weil sie auf einem Platz innerhalb ihres Quartiers bestehen. Der letzte und definitive Vorschlag des Stadtpräfekten war die *Cascina* an der *Via Van Gogh* (beim Parco Lambro). Ein Hof, der noch von einer Familie bewohnt, für einen Treffpunkt viel zu klein und mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer erreichbar ist. Aber das war der definitive Vorschlag und darauf folgte das 1. Ultimatum: der 16. Dezember 1993. Das Leoncavallo konnte das Ultimatum um 5 Tage verlängern, auf Dienstag, den 21. Dezember, 14 Uhr.

Seit Tagen kreisen Polizeihubschrauber über dem CSOAL, filmen, beobachten, terrorisieren.

C. S. LEONCAVALLO

COLLETTIVO PER LO SPORT & IL TEMPO LIBERO



"Attività Ricreative Autogestite"

### WIEDERBESETZUNG 17. AUGUST 1989

Trotz allem wird das CSOAL am Abend des 17.8.89 nach einer großen Demonstration wiederbesetzt. Mit großer Hilfe aus der Quartierbevölkerung und ganz Italien fangen die BesetzerInnen am nächsten Tag mit dem Wiederaufbau an. Nach dem Wiederaufbau entfalteten sich alle alten Aktivitäten von neuem und neues kam hinzu (Siebdruckerei, Radio, ...). Seither führte das Leoncavallo neben verschiedensten (Soli)-Konzerten jedes Jahr 3 Aktionstage zu verschiedenen aktuellen Themen durch, wie z.B. Polizei und Heroin, Stadtumstrukturierung und Quartierzerstörung, neue Rechte, gegen die Fußball-WM, ...

### DIE LETZTEN MONATE 1993

Anfang letzten Jahres gewann die *Lega Lombarda*, bekannt für ihre rassistische und ultranationalistische Politik, die Parlamentswahlen in Milano. Am gleichen Abend ihres Wahlsieges fuhren Fahrzeuge der Lega am Leonca vorbei und riefen Parolen wie: 'Räuchern wir die Ratten aus!'. Eine baldige Räumungswelle besetzter Häuser war abzusehen. Sie rollte an in Form einer Räumungsdrohung gegen das CSOAL Anfang November. Das erste Mal in seiner Geschichte ging das Leoncavallo auf Verhandlungen mit der Stadt ein, um eine Räumung zu verhindern.

### *RIPRENDIAMOCI LA CITTA! NEHMEN WIR UNS DIE STADT ZURÜCK!*

Am 18.12.93 fand eine Demo gegen die alte und neue Rechte, sowie für eine soziale Nutzung leerstehender Fabriken statt. Massivstes Polizeiaufgebot, Hubschraubereinsatz - psychologische Kriegsführung - Polizisten aus verschiedensten Teilen Italiens. Aber wo war die Solidarität der BesetzerInnen aus verschiedensten Teilen Italiens? Trotzdem war es eine gute Demonstration mit starken Redebeiträgen. So sagten die Genossen aus dem Leonca: 'Der Kampf wird jetzt wieder vermehrt auf der Straße und mit den Mitteln der Straße geführt werden müssen!'

Letzte Informationen vom Dienstag, den 21.12.93, 20 Uhr:

Die BesetzerInnen sind auf das Angebot der Stadt nicht eingestiegen. Die Bewegung hält zur Zeit alle Straßen des Quartiers besetzt. Die letzten Worte zum CSOA Leoncavallo sind noch nicht gesprochen!

***DER KAMPF GEHT WEITER! SOSTIENI LA RESISTENZIA! LEONCAVALLO VINCERA!***

*(aus: Megaphon 146, Januar 1994)*

# Häuserräumungen in Amsterdam. 'De Kolk'-Komplex teilgeräumt.

**Am 20.12. wurden seit 2 Jahren besetzte Häuser des 'Kolk-Komplexes' mit einem Großaufgebot von Bullen, Wasserwerfern und Räumfahrzeugen geräumt.**

Für 5 der 19 Häuser des Komplexes rund um den Nieuwezijds Kolk in der amsterdamer Innenstadt gab es seit dem 17.12. Räumungstitel, die binnen 48 Stunden vollstreckt werden sollten.
Die Räumungstitel hatte die Besitzerin, die ABN/AMRO-Bank angestrengt. Sie ist seit 1989 im Besitz des Areals, nachdem der Spekulant Pietje Dufour Konkurs anmelden mußte. Bei den gerichtlichen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Räumungen gab es erstmalig in der holländischen Geschichte Räumungsurteile für besetzte Häuser aufgrund der Nähe zu einem Haus mit bestehendem rechtskräftigen Räumungstitel wegen der Möglichkeit von gewalttätigen Auseinandersetzungen aus den benachbarten Häusern heraus.

**Der Kolk-Komplex**

Im Mai 1991 bezog eine Gruppe HausbesetzerInnen die ersten Häuser und seitdem wurden mehr als 20 Häuser in dem Gebiet besetzt, das durch den Nieuwendijk, de Dirk van Hasselsteeg, de Nieuwezijdsvoorburgwal, Nieuwezijdskolk und Nieuwe Nieuwstraat begrenzt wird.
Da die Häuser teilweise in sehr schlechtem Zustand waren, mußten die BesetzerInnen viel Energie und Zeit zur Bewohnbarmachung in die Häuser stekken. Es gab ein Infocafe 'de Kolk', das Schwulen- und Lesbencafe 'de Sissy', den Konzertsaal 'de Dirk' sowie ein Fahrradverleih und eine Foodcoop.

**Die Entwicklung**

1992 schlug die ABN/AMRO-Bank einen Bauplan vor, der den Abriß vieler denkmalgeschützter Häuser des Areals beinhaltete, weswegen die Stadt ablehnte. Nachdem die Bank zusicherte, die denkmalgeschützten Häuser an anderer Stelle in Amsterdam wieder aufzubauen, stimmte die Gemeinde zu. Der Plan sieht eine Parkgarage für 400 Autos vor, den sich die Bank mit 40 000 Gulden pro Stellplatz von der Gemeinde bezuschussen lassen will, ein 4-Sterne Hotel mit 230 Zimmern, 2300 m² Büroflächen, 6300 m² Gewerbeflächen, sowie 29 Luxusappartments.
Weder der Bau eines Luxushotels (es gibt derer 43 in Amsterdam, Belegungsgrad 35%) noch der Bau von Büroräumen (10% Leerstand) ist zu rechtfertigen, ganz zu schweigen vom Bau von Luxusappartments an einer Stelle, wo preiswerter Wohnraum erhalten werden könnte. Auch der Bau der Tiefgarage ist angesichts der Diskussion um eine autofreie amsterdamer Innenstadt äusserst fragwürdig.
HausbesetzerInnen, ViertelbewohnerInnen und verschiedene Gruppen, die sich für den Erhalt des Komplexes und gegen die Pläne der ABN/AMRO-Bank einsetz(t)en, formulieren deswegen: De Kolk zal niet wijken, voor de plannen voor de rijken (Kolk soll nicht weichen für die Pläne der Reichen).

**Aktionen**

Am Samstag, den 11.12., gab es die größte HausbesetzerInnen-Demonstration in Amsterdam seit der WNC-Räumung (Mai 1990) mit ca. 500 TeilnehmerInnen. Während der Demo wurde das Haus Nieuwezijds Kolk 23 unter den Augen der ME (Mobile Einheit) besetzt, aber sofort wieder geräumt, wobei mehrere DemonstrantInnen verletzt wurden. Danach folgten Auseinandersetzungen mit den Bullen, die mit Steinen und Flaschen beschmissen wurden, sich spätabends aber zurückzogen.
In den folgenden Tagen fanden Prozesse gegen die 5 Räumungsurteile für 'de Kolk'-Häuser statt, die von 'de Dirk', einem betroffenen Haus, angestrengt wurden:
Seit dem September 1993 gab es einen rechtskräftigen Räumungstitel gegen 'de Gaten', für dessen Vollstreckung die Gemeinde die polizeiliche Unterstützung versagte, da die Bullen bei der Räumung vom höher gelegenen Haus 'de Dirk', bzw. den anderen angrenzenden besetzten Häusern mit Steinen, etc beworfen werden könnten. Mit dieser Begründung und einer Erklärung des Bürgermeisters, eine Baugenehmigung für das ABN/AMRO-Projekt würde mit Sicherheit erteilt werden, wurden die Räumungstitel gegen die angrenzenden Häuser erwirkt, und nach einigem juristischen hin und her am Mittwoch rechtskräftig. Die Räumung wurde von den Bullen für den 20.12. angekündigt.
Dieses juristische Vorgehen ist in den Niederlande bisher beispiellos und ähnelt bundesdeutschen Räumungsszenarien nach SOG.
Am Sonntag, den 19.12. wurden Barrikaden auf dem Nieuwezijds Voorburgwal und vor den Eingängen des Dirk van Hasseltsteeg errichtet. Die HausbesetzerInnen verzogen sich in die Häuser oder hinter die Absperrungen, als die ME begann, die Barrikaden zu räumen.

**Die Räumung**

Montagmorgen brannten Barrikaden auf Hauptverkehrsstraßen im Pijp-Viertel im Osten von Amsterdam. An der Ecke Stadhouderskade/Van Woustraat wurden Autoreifen angesteckt und ein Stahlseil über die Straße gespannt.
Um die gleiche Zeit rückte ein Großaufgebot von 1200 Bullen, 2 Wasserwerfern, 2 Räumfahrzeugen und eine Hebebühne zum Kolk-Komplex vor, das Viertel wurde abgeriegelt.
Das Haus Nieuwezijds Kolk 19 wurde zuerst geräumt, danach 'de Dirk', indem mit der Hebebühne ein Container mit ME auf das Dach gehoben wurde. Haus

für Haus wurde durchkämmt, die BesetzerInnen wehrten sich mit Barrikaden in den Häusern und Steinen und Böllern. Noch während der Räumung um ca. 10 Uhr versammelten sich etwa 250 HausbesetzerInnen und SympathisantInnen zu einer Demo Richtung Stopera am Dam. Um ca. halb eins waren die meisten Häuser geräumt, die BesetzerInnen hatten sich in das Haus Nieuwezijds Kolk 11 zurückgezogen. Das Haus wurde zuletzt geräumt und alle Anwesenden verhaftet (Verdacht von öffentlicher Gewaltanwendung) und ED behandelt, bevor sie wieder freigelassen wurden. Die Bullen teilten über die Presse mit, daß nur 5 der 19 Häuser geräumt wären, bei den anderen wurde 'lediglich' eingedrungen, um sich Zugang zu verschaffen und BesetzerInnen aufzuspüren. Trotzdem: Das Haus Nieuwezijds Kolk 19 wurde illegal geräumt. Während 'de Gaten' und 'de Dirk' sofort abgerissen wurden, konnten die anderen Häuser am gleichen Abend wieder betreten werden.
In vielen niederländischen Städten gab es seit Anfang Dezember Anschläge gegen ABN/AMRO-Filialen, so in Groningen, Haarlem, Utrecht, Eindhoven. Nach der Räumung gab es einen Brandanschlag gegen eine Filiale in Leiden, und weitere Anschläge in Hilversum, Arnhem und Amsterdam.
Am 25.12. gab es in Amsterdam erneut eine Häuserkampf-Demo mit ca. 250 Leuten. ...

**Kurzer Nachtrag:**

Am 7.1. wurde der Hauptsitz der ABN/AMRO-Bank für kurze Zeit besetzt, bevor die Bullen räumten. Ende Januar wurde Beschwerde gegen die Baugenehmigung und den Bau der Tiefgarage eingelegt. Die im Dezember geräumten Häuser sind mittlerweile alle abgerissen, der Rest der Häuser ohne Wasser und Strom.
Die Räumungstitel für die restlichen Häuser liegen für den 10. Februar vor.

(Quelle: u.a. NN 150-153)

# E-Schicht und kein Ende ...

Nachdem 1992 einige E-Schicht Zivis der Wache 16 an der Stresemannstraße versetzt wurden, gab es unseres Wissens keine gravierenden Polizeiübergriffe im Schanzen- und Karolinenviertel mehr.
Die verbeamteten Schläger wurden aber auch nicht zur Verantwortung gezogen. Die große Koalition von Innenbehörde und Justiz sorgte dafür, daß 80 Ermittlungsverfahren gegen Beamte der Wache 16 wegen "Körperverletzung im Amt" u.ä. ausnahmslos und mit fadenscheinigen Begründungen eingestellt wurden.
Obwohl selbst SPD-Bezirke die Auflösung der Sondereinheiten fordern, hält Innensenator Hackmann aber an seinem polizeistaatlichen Befriedungskonzept für das Schanzen- und Karolinenviertel fest.
Und die E-Schicht macht nach einer (zwangsweisen?) Phase der Zurückhaltung weiter wie gehabt, wie ein neuerlicher Vorfall zeigt:
In der Nacht des 20.1.1994 wurden drei Jugendliche von der Roten Flora kommend von Zivis der E-Schicht in einem weißen Golf (HH-CR 175) observiert.
Als sie am Ende des Schulterblatts in einen türkischen Imbiß gehen, stürmen kurz darauf vier Zivis den Laden und zerren die drei Jugendlichen, ohne sich als Polizeibeamte auszuweisen, auf die Straße. Ein Jugendlicher wird grundlos in die Seite geboxt, ein anderer mit Wucht auf die Motorhaube eines PKW gestossen. Unter weiterer verbaler Gewaltandrohung werden sie äußerst brutal durchsucht.
Trotz mehrmaliger Nachfrage wird ihnen kein Grund für die Festnahme genannt, zu der sich die Zivis anscheinend erst entschließen, als Streifenwaggen hinzukommen. Daraufhin werden die Drei auf die Wache 16 gebracht, müssen sich ausziehen und werden abermals durchsucht. Auch hier wird ihnen der Grund der Festnahme nicht mitgeteilt, telefonieren dürfen sie nicht. Nach einer knappen Stunde in der Zelle werden ihre Personalien aufgenommen und Porträtfotos gemacht. Danach dürfen sie gehen.
Nach den einschlägigen Erfahrungen mit der E-Schicht, waren sie froh, daß sie noch gehen konnten.

Die Tatsache, daß ihnen kein Grund für die Festnahme genannt wurde und auch keine Anzeige aufgenommen wurde, läßt darauf schließen, daß es sich um einen reinen Willkürakt der 16-E Zivis handelt, um ihnen anscheinend bekannte politisch aktive Menschen zu terrorisieren und einzuschüchtern.

Und das ist ja auch das bekannte Muster von 16 E-Einsätzen, wie es jetzt auch von der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) angeklagt wird.
In ihrem Bericht vom Januar 1994 kommt ai nach Prüfung von 32 Einzelfällen "zu dem Schluß, daß Beamte der auf der Wache 16 tätigen E-Schicht bei der Festnahme von Häftlingen unnötige Gewalt angewendet und sich in einigen Fällen schwerer Mißhandlungen verantwortlich gemacht haben."
An den dafür verantwortlichen Innensenator Hackmann gerichtet, hält amnesty die "allgemeinen Personalführungsmaßnahmen" (z.B. Versetzungen) für unzureichend, da er so "andere Polizeibeamte in dem Glauben läßt, sie könnten ähnliche Handlungen begehen, ohne strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen."
Der Justizsenator wird von ai aufgefordert, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, Strafanzeigen wegen polizeilichen Mißhandlungen "unparteiisch zu behandeln" und sich mit den "Grundsätzen der Vereinten Nationen über die Anwendung von Gewalt (...) durch Beamte mit Polizeibefugnissen" vertraut zu machen.
Zum erstenmal in der Geschichte der BRD wird eine Polizeieinheit wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt.
Die Einmaligkeit dieses Vorgangs läßt hoffen, daß der politische Druck auf Polizeisenator Hackmann so stark wird, daß endlich die berüchtigten E-Schichten aufgelöst, die Täter bestraft werden und Hackmann selbst als politisch Verantwortlicher zurücktritt !

*Arbeitskreis gegen Staatsgewalt*
Hamburg, Januar 1994

# Prozeß gegen türkische und kurdische Antifaschisten in Pinneberg

Unter dem Protest von jeweils 100 - 150 AntifaschistInnen fanden am 18. 1. und am 25. 1. 94 die ersten beiden Prozeßtage im Verfahren gegen die sechs türkischen und kurdischen Antifaschisten statt.

***Hintergrund***

*Am Abend des 2.Dezember 1992 versammelten sich 30-40 türkische, kurdische und deutsche AntifaschistInnen vor der Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbek-Krupunder, in der sich zu diesem Zeitpunkt FAP'lerInnen aufhielten. Es kam zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf aus der Geschäftsstelle Tränengas eingesetzt wurde. Es wurden FAP-Mitglieder verprügelt, einer wurde von einem Messerstich in den Rücken schwer verletzt. Ein Auto wurde mehr oder weniger zerstört. Die Pinneberger Kripo bildete sofort eine Sonderkommission und ermittelte kurz darauf gegen sechs in Hamburg lebende Migranten wegen schweren Landfriedensbruches, Sachbeschädigung und schwerer Körperverletzung.*
*Der Nazi-Anwalt Jürgen Rieger ist Anwalt der Nebenklage.*

Der erste Prozeßtag war von einem massiven Polizeieinsatz (z.T. in voller Kampfausrüstung) geprägt. Zu Beginn des Prozesses wurden die UnterstützerInnen, die draußen vor dem Gerichtsgebäude eine Kundgebung gegen die Kriminalisierung der Angeklagten abhielten, von der Polizei gewaltsam vom Eingang des Gerichts abgedrängt. Dabei kam es zu mehrfachen Schlagstockeinsätzen und zum Einsatz von Polizeihunden. Auch im Gerichtssaal kam es zweimal zu z.T. brutalen Angriffen der Polizei auf die UnterstützerInnen und die Angeklagten, als diese gegen den Bulleneinsatz draußen lautstark protestierten. Proteste der ZuschauerInnen gegen den Fascho-Anwalt Rieger wurden unter Androhung von Saalräumung , Ordnungsgeld und Ordnungshaft unterbunden.
Der Prozeßverlauf war von den Anträgen der AnwältInnen der Angeklagten bestimmt. Schließlich wurden die AnwältInnen auf eigenen Antrag den Angeklagten als PflichtverteidigerInnen zugeordnet.
Da einer der Angeklagten ohne Anwalt/Anwältin war, wurde die Verhandlung nach 3 Stunden vertagt.
Der zweite Prozeßtag war ebenfalls von einem großen Bullenaufgebot begleitet. Dieses Mal wurde durch Absperrungen verhindert, daß die UnterstützerInnen , die nicht direkt dem Prozeß beiwohnten, in die Nähe des Gerichtsgebäudes gelangten.
Der Richter ließ den Gerichtssaal zweimal von den Bullen räumen, da sich die ZuhörerInnen gegen die Anwesenheit Riegers und seine rassistische Propaganda lautstark aussprachen.
Die Angeklagten gaben im Laufe des Verfahrens eine gemeinsame Prozeßerklärung ab.

Weiter lehnte das Gericht einen Antrag der Verteidigung ab, Rieger von der Nebenklage auszuschließen.
(Genauere Infos sind den jeweils nach den Prozeßtagen aktuell erscheinenden Flugblättern der UnterstützerInnengruppe zu entnehmen.)

**Weitere Prozeßtermine:**
**Donnerstag, den 10.2., 17.2. und 24.2.94 jeweils um 14.15 Uhr,**
**Amtsgericht Pinneberg**

**Spenden:**
**Volkshaus Konto: 1251/120901**
**Hamburger Sparkasse BLZ 200 505 50**

**Ankündigung:**
## Demonstration gegen den Prozeß und die FAP in Pinneberg
voraussichtlich am 12.2.1994 (genauere Infos auf den nächsten Flugis, achtet auf Ankündigungen!)






DOKUMENTATION:

"Am 29.12.93 haben wir einen Buttersäureanschlag auf das Restaurant "Eckhart" in Altona gemacht.

In diesem Restaurant wurden des öfteren (z.B. am 1.9.93) verdeckte Versammlungen der DVU abgehalten. Am 1.9. sollte dort Wahlkampfmaterial zur Hamburger Bürgerschaftswahl an DVU-Mitglieder verteilt werden. Das konnte aber durch eine große Gruppe von AntifaschistInnen verhindert werden.
Wir bekämpfen die DVU als Teil der rechtsradikalen, rassistischen, faschistischen Szene in der BRD. Sie ist wesentlich mitverantwortlich für Angriffe und Morde an den Menschen, die ihrem Bild des ordentlichen, sauberen Deutschen nicht entsprechen. Das Personal und die Inhaber des Restaurants wissen das.

Ebenso war es ihnen bekannt, daß es sich bei den genannten Versammlungen um DVU-Versammlungen handelte. Sie unterstützen somit aktiv die menschenverachtende Politik, indem sie der DVU Räume für Versammlungen und Treffen zur Verfügung stellen.
Sie sind dadurch ebenfalls verantwortlich.
DAS STINKT UNS!

Keine Räume, keine Unterstützung, KEINEN FUSSBREIT den Faschisten!!"

**Demo gegen das Zentrum der NF in Detmold - Pivitsheide am 5. 2. 94**

Obwohl die "Nationalistische Front" (NF) offiziell verboten ist, können sich MitgliederInnen dieser neofaschistischen Organisation weiterhin ungestört und regelmäßig in ihrem Zentrum in Detmold - Pivitsheide treffen und an einer Nachfolgeorganisation arbeiten.
In der Bevölkerung gibt es keinen nennenswerten Widerstand dagegen und auch das staatliche Vorgehen gegen diesen Versammlungsort der FaschistInnen und ihre Treffen dort, ist wieder mal mehr als mager. Es gab zwar medienwirksame Hausdurchsuchungen, die beschlagnahmten Gegenstände (darunter Waffen und Propagandamaterial) wurden aber größtenteils wieder zurückgegeben.
Der Versandhandel mit neofaschistischen Material über den "Klartext"- Verlag des NF- Vorsitzenden und Besitzer des Zentrums (in der Quellenstraße 20 in Detmold - Pivitsheide), Meinolf Schönborn, wurde gar nicht erst verboten.
Schönborn will sein Zentrum sogar noch erweitern ! Er stellte mit begründeter Aussicht auf Erfolg eine Bauvoranfrage für den Bau zweier Einfamilienhäuser auf dem Grundstück neben seinem Haus.
Mehrere Antifagruppen aus Detmold, Bielefeld und Umgebung rufen deshalb zu einer bundesweiten Demo auf, die unter dem Motto **"Gegen die faschistischen Zentren vorgehen!"** steht.
**Am 5. 2. 94 Treffpunkt 13 Uhr "Eichenkrug", DT- Pivitsheide**

*Für den Hamburger Familienausflug gibt es noch Busfahrkarten im Schwarzmarkt.*

# Marco Carmenisch

Marco Carmenisch wurde 1981 in der Schweiz wegen eines ihm zur Last gelegten Anschlags auf einen Strommast zu 10 Jahren Knast verurteilt, zu einem Zeitpunkt, wo die militante Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz sehr aktiv gewesen ist.
Ein paar Monate später gelingt ihm mit 5 anderen Gefangenen die Flucht aus dem Knast im schweizerischen Regensdorf. Ein Wärter wird bei der Flucht getötet.
Die 5 anderen Gefangenen werden in den darauf folgenden Monaten wieder gefaßt.
Für Marco Carmenisch beginnt ein 10- jähriges Leben in der Illegalität.
Im November 1991 schließlich wurde er in Norditalien bei einer Ausweiskontrolle festgenommen.
1992 wird ihm in Italien der Prozeß gemacht..
Am 4. April 93 steht das Urteil fest : 12 Jahre Knast für "fahrlässige Körperverletzung" und mehrere "Sprengstoffanschläge".
In Italien fallen Hochspannungsmasten zu hauf während Jahrzehnten, ohne daß die italienische Justiz je Verantwortliche aufgespürt hätte. Die Verhaftung von Marco Carmenisch kam den Richtern insofern gelegen, als dieser ja schon 1980 in der Schweiz für einen Anschlag auf einen Strommast verknastet worden war. Auch die schweizerischen Behörden lassen von sich hören und richten ein Auslieferungsbegehren an den italienischen Staat. Der Kassationshof in Rom stimmt zu.

Zwischen den Prozeßterminen wird Marco immer wieder von einem Knast in den anderen verlegt. Anfang Februar reagiert er auf seine prekären Haftbedingungen mit einem Hungerstreik, mit dem auch die Zusammenlegung mit anderen linken revolutionären Gefangenen erkämpft werden soll. Und er erklärt sich "...solidarisch mit den Kämpfen für die Zusammenlegung der gefangenen Frauen und Männer , ob sie sich als politische Gefangene erklärt haben oder nicht, und mit allen vergangenen und aktuellen Kämpfen gegen die Vernichtung durch Gefangenschaft überall."
Vor allem in der Toscana, aber auch vereinzelt in der Schweiz, finden solidarische Aktionen statt.
Am 16. Mai 93 beendet Marco nach zweimaliger Unterbrechung seinen Hungerstreik, Er wird am 26. Mai in den Hochsicherheitsknast von Novarra verlegt, wo er mit Gefangenen aus der Guerilla zusammenkommt.
Er beschreibt seine ersten Eindrücke bei seiner Ankunft in Novarra :
"...Hingegen wurde ich nach Novarra gekarrt, da sind wir nun viele "Politische", glaub alles Brigate rosse, und auch ein Schweizer, heißt Mirco, der ein Feuergefecht hatte mit Carabinieri, und beschuldigt wird, einen getötet zu haben. Wir haben uns lachend begrüßt... die beiden "schweren" CH- Gefangenen in Italien im gleichen Knast und Trakt, wo es doch so viele Knäste gibt in diesem Land. Bin natürlich ganz konfus, so viele Leute zu treffen mit denen ich endlich reden kann und mich in vielen Hinsichten so beziehen kann, wies eben kollektive Identität erfordert."

**Marco's Knastadresse :**
**M. Camenisch via Sforzesca 49 28100 Novarra Italia**

*( Die Informationen für diesen Artikel stammen aus einem Reader, der zur Geschichte von Marco Carmenisch entstanden ist. Dieser ist zum einem im Schwarzmarkt erhältlich und zum anderen im Zeck-Ordner in der Floravokü einzusehen)*

# Wann kommt Irmgard Möller raus?

Zum aktuellen Stand des Verfahrens und die Mobilisierung für die Freilassung von Irmgard Möller:

Nach der Demonstration vom 9.10., die allen und auch Irmgard und den anderen politischen Gefangenen Mut gemacht hat, wurden wir konfrontiert mit einer neuen Entscheidung auf Justizebene, die Irmgards Freilassung weiter verzögerte und in Frage stellte. Ohne Vorankündigung war Anfang Oktober die für das Entlassungsverfahren zuständige Kammer des Lübecker Landgerichts - angeblich entsprechend dem üblichen Geschäftsverteilungsplan - ausgewechselt worden und das neubesetzte Gericht machte, im Gegensatz zum vorher zuständigen, die Erstellung eines psychiatrischen Gutachtens zur Voraussetzung für die Anhörung von Irmgard. Nachdem Irmgard abgelehnt hatte, sich für ein solches Gutachten befragen und untersuchen zu lassen, beantragte die Staatsanwaltschaft Heidelberg beim Gericht, Irmgards Antrag auf Entlassung abzulehnen wegen fehlender Mitwirkung und eine Frist von 2 Jahren festzulegen, innerhalb der Irmgard keinen neuen Antrag stellen darf.

Wenn auch das Gericht der Staatsanwaltschaft nicht folgte, sondern jetzt ein psychiatrisches Gutachten nach Aktenlage erstellen läßt und damit im Entlassungsverfahren fortfährt, drückt die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft - hinter der die Bundesanwaltschaft steht - deutlich den Vernichtungswillen gegenüber Irmgard und mit ihr gegenüber allen politischen Gefangenen aus. Ein Vernichtungswillen, der auch in der Fortsetzung der nach 23 Jahren kaum modifizierten Sonderhaftbedingungen gegen alle politischen Gefangenen, in den Kronzeugenprozessen gegen bereits zu mehrmals lebenslänglich verurteilte Gefangene und in der verschärften Einzelhaft gegen Birgit Hogefeld zum Ausdruck kommt.

**Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller und Bernd Rössner!**

**Freiheit für alle politischen Gefangenen - ihre Zusammenlegung bis dahin!**

*aus einem Flugblatt des Solidaritätskomitees für die politischen Gefangenen in der BRD, c/o Schwarzmarkt.*

## Rote Flora im Februar:

**4.2. Heaven and Hell** gay dance for everybody - house-techno-acidtrance, Benefiztanz für Leuchtfeuer, 23 Uhr - open end.

**7.2. Heiter bis Wolkig** Die finale Rettungstour macht Station in der Flora - einziger Auftritt in Hamburg. Musik/Polit-Kabarett aus Köln, großer Saal, 21 Uhr.

**11.2. Higgins** aus Hawai (USA), heute abend eingeflogen. Magnum und seine Freunde Higgins, Rick und T. C. präsentieren vegetarischen Jazz für antialkoholische Briefmarkensammler, Vokü, 21 Uhr.

**12.2. Shoah 1. Teil** 14:30

**13.2. Shoah 2. Teil** 14:30

Shoah ist ein hebräisches Wort. Es bedeutet: großes Unheil, Katastrophe. Claude Lanzmann hat Opfer, Täter und Zuschauer der Judenvernichtung im 3. Reich aufgespürt und in langen Interviews zu schmerzlicher Erinnerungsarbeit veranlaßt. Er wollte wissen, was sie erlebt, gesehen und gehört haben. So entstand der Film Shoah.

**12.2. Dub Club** Special: **Fairshare Unity** aus London, 21 Uhr.

**14.2. Die Junge Freiheit.** Profil einer rechten Wochenzeitung. Die "Junge Freiheit" hat sich zu einem der wichtigsten Foren der interlektuellen Nachwuchsrechten in den letzten Jahren entwickelt. Sie ist ein Beispiel für das Erscheinungsbild einer modernisierten autoritären Ideologie, die sich konservativ gibt, in ihrem Kern jedoch unverholen an faschistische Traditionen anknüpft, 19 Uhr.

**16.2.** Konzert: **Kochise.** Anarchopunk aus Paris mit




Mitgliedern verschiedener Pariser Antifagruppen, 21 Uhr.

**18.2.** Konzert: **Stromsperre** aus Berlin bringt uns den Politpunk der 80er zurück und **Age** aus Wolfsburg katapultiert uns in die Jetztzeit des Polithardcore, Leoncavallo, 21 Uhr.

**18.2. Technodisco** im Keller, 21 Uhr.

**19.2. Zion Band Sound System**, 21 Uhr.

**24.2.** Konzert: **Alboth, Helgoland** und **Die Betroffenen**, 21 Uhr.

**25.2. Hip Hop Party** im Leonca, 21 Uhr.

**27.2.** ultimative **Vokü-eröffnungsparty** mit Fruchtcocktails, Musik, Tischbedienung und Programm (Flora Frauenchor und andere Lieder), 14 Uhr.

## Sonstiges:

**5.2. Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf** Infoparty mit Film, kurdischer Folklore, **Direct Action** (HC-Hip Hop) und Disco, Volkshaus, 20 Uhr.

**13.2. Zuviel ist zuviel.** Antirassistischer Aktionstag des PfadfinderInnen Bund Nord. Workshops, Theater, Lieder, Filme, Kinderprogramm, Fabrik, ab 11:30.

**20.2.** Konzert: **Pullermann** (aus Frankfurt, die heißen wirklich so, sind aber total PC, Fishcore- und Zeckkulturausschußgütesiegel), Störtebeker 21 Uhr.






Kompletter Partyservice
Kaltes Buffet
Warme Speisen

Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Telefon 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 36
Telefon 430 20 31

Öffnungszeiten: 12.00 Uhr bis spät in die Nacht

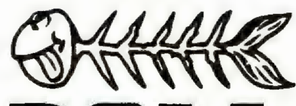








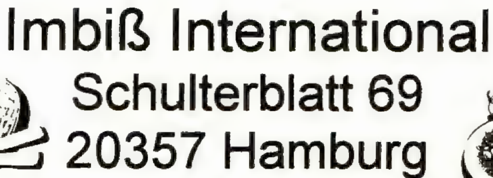






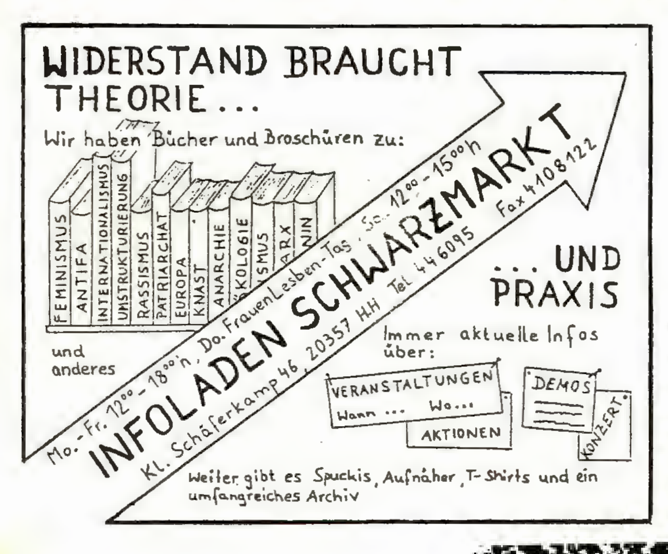

SIEBDRUCK
SHIRTS
NEIL DAVIS

TEL.: 040/430 53 77
VEREINSSTRASSE 25
20357 HAMBURG
2000 HAMBURG 36



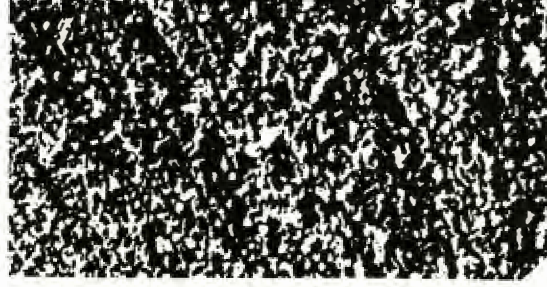
Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)

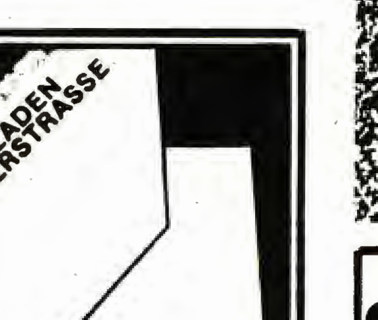













**Schanzenstern**

ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS GMBH

**Bartelsstraße 12**

Öffnungszeiten: Di-So 11.00-1.00 Uhr
Küche: bis 24.00 Uhr
Mittagstisch Di-Fr 12.30-14.30 Uhr
montags geschlossen

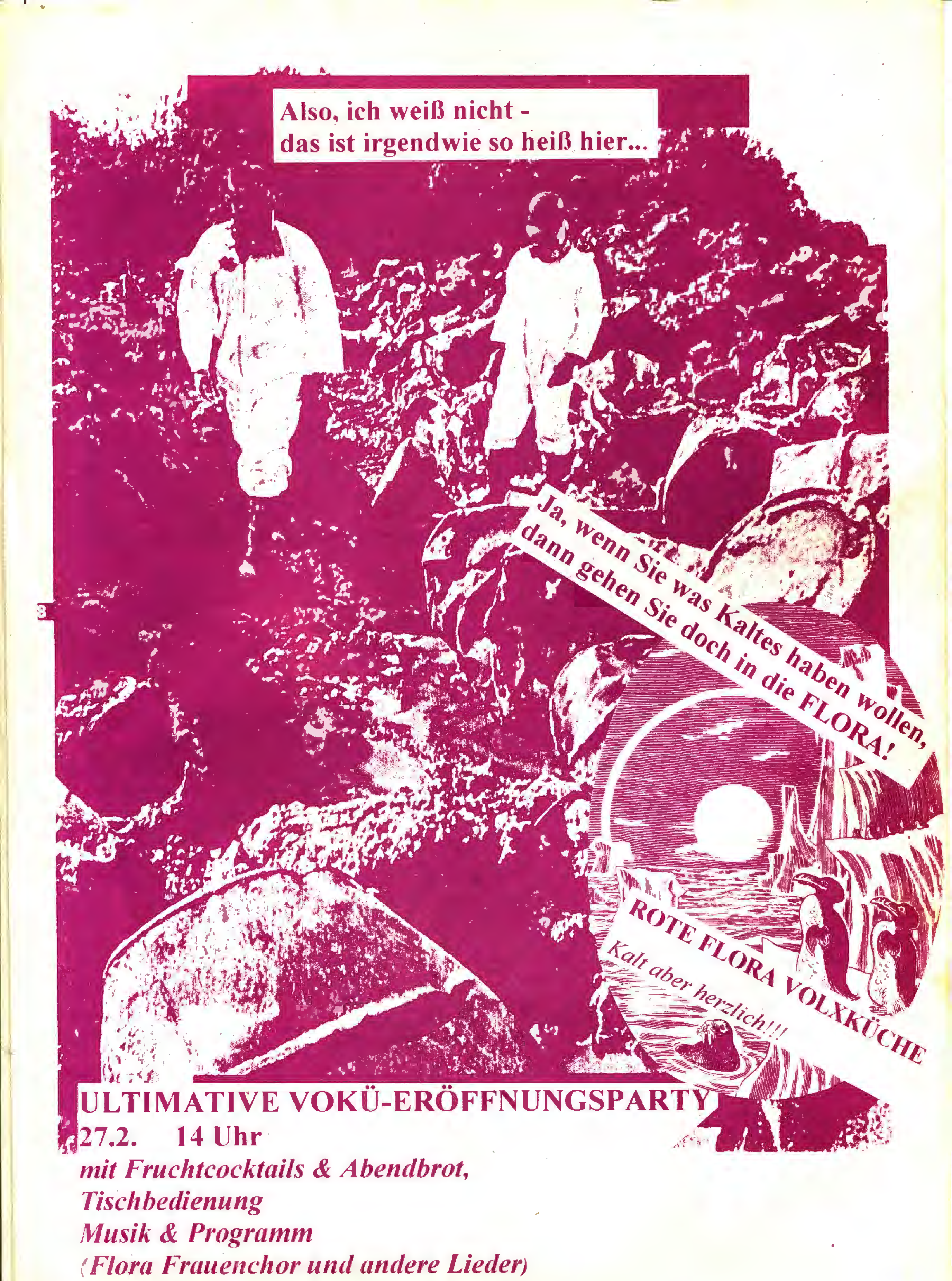
KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser-Farbkopien,
Telefaxservice, Zauberartikel,
Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-
Notdienst nach Absprache

Bartelsstrasse 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr 10 - 18.30 Uhr
Sa 10 - 14 Uhr


Also, ich weiß nicht -
das ist irgendwie so heiß hier...
Ja, wenn Sie was Kaltes haben wollen,
dann gehen Sie doch in die FLORA!
ROTE FLORA VOLXKÜCHE
Kalt aber herzlich!!!
ULTIMATIVE VOKÜ-ERÖFFNUNGSPARTY
27.2. 14 Uhr
mit Fruchtcocktails & Abendbrot,
Tischbedienung
Musik & Programm
(Flora Frauenchor und andere Lieder)